VBE

06/2014
Zeitschrift des
Verbandes Bildung und Erziehung
Rheinland-Pfalz
03.06.2014 / 65. Jahrgang

Rheinland-pfälzische Schule

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

PISA, VERA & Co.:
Messen, testen ... und was dann?

- **5 x 1 %: Ausgleich des Rückstands?**
- **Ganz privat: Es gibt nicht nur Schule!**
- **Schulsozialarbeit**

– Inhalt –

Kommentar	3
Magazin	4
Aktuell	6
Thema	8
kontrovers	14
Personalräte & Co	16
Studium & Seminar / AdJ	17
Seniorinnen & Senioren	18
Recht & Beratung	19
Personalia	21
VBE-Bund	22
Regionale Termine	23
Aus den Kreisverbänden	24
Termine in den Kreisverbänden	26
Infos & Technik	27
Wir gratulieren	29
Kurz vor Schluss ...	30

Impressum

03. Juni 2014, 65. Jahrgang

Herausgeber
Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Landesverband Rheinland-Pfalz
Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz
Telefon: 06131-616422, Telefax: 616425
info@vbe-rp.de

Redaktion dieser Ausgabe:
Hjalmar Brandt (verantwortlich) *br*
h.brandt@vbe-rp.de

Dr. Markus Bachen *mb*
(Veranstaltungen / Regionales)
m.bachen@vbe-rp.de

Sabine Drechsler *sdr*
(Studium / Seminar / AdJ)
s.drechsler@vbe-rp.de / adj@vbe-rp.de

Marlies Kulpe *mkl*
(Bildungspolitik / Rubriken)
m.kulpe@vbe-rp.de

Klaus Schmidt *kfs*
(Reportage / Berufspolitik / Zum Schluss)
k.schmidt@vbe-rp.de

Frank Handstein *fh*
(Reportage / Recht)
f.handstein@vbe-rp.de

Sabine Asal *sa*
(Referentin für Mitgliederentwicklung)
s.asal@vbe-rp.de

Fotos/Grafik:
Jan Roeder: Titel, 3, 5, 8, 9, 10, 13, 15, 16
Sibylle Ostermann: 11
INCENT4U: 12
Uwe Franke: 23 (oben)
Mira Futasz: 23 (unten)
Helmut Endres: 24
Walter Bach: 25
Hjalmar Brandt: 2, 7, 21, 30
VBE-Archiv: 24

Die RpS erscheint elfmal im Jahr.
Für VBE-Mitglieder ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen beim Verlag zum Preis von 4,80 Euro vierteljährlich einschließlich Vermittlungsgebühren.

Redaktionsschluss
10.06.2014 für Heft 07/2014.
Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten deren Verfasser.
Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Gesamtherstellung, Anzeigenverwaltung
Gebrüder Wilke GmbH, Druckerei und Verlag
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-gmbh.de

ISSN: 1869 3717

Die nächste RpS erscheint am 03.07.2014.

dbb-Landesgewerkschaftstag 2014

Schlagabtausch bei 5 x 1 %

Beim diesjährigen Landesgewerkschaftstag des dbb am 06. und 07. Mai in Mainz kam es zu einem Schlagabtausch mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

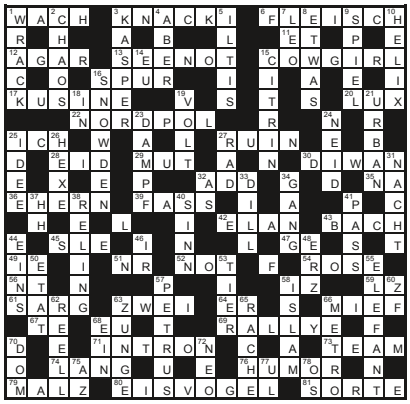
An die Adresse der Landesregierung gerichtet sagte die neu gewählte dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Das bloße Lüften des „5 x 1 %“-Besoldungsdeckels ab 2015 ist uns zu schwammig. Es fehlen echte Zahlen. Was nutzt den Kolleginnen und Kollegen eine nebulöse Perspektive, wenn sie seit Jahren doppelt belastet werden: erstens abgespeist mit inflationsbereinigten Minusrunden in der Bezahlung und zweitens zur Kasse gebeten als Steuerzahler für prekäre Prestigeprojekte der Regierung?!“ Lilli Lenz fordert deshalb: Der 5 x 1 %-Deckel muss weg – und zwar konkret.

Beim dbb-Landesgewerkschaftstag 2014 stellte der VBE Rheinland-Pfalz mit 21 Delegierten die größte Delegation unter den Fachgewerkschaften. Der VBE ist also nicht nur mit Abstand die größte Lehrergewerkschaft im dbb, sondern auch die größte Fachgewerkschaft überhaupt. Für den VBE nahmen teil (auf dem Foto von links): Konrad Ochsenreither, Niels Möhn, Barbara Mich, Wolfram Geib, Boris Wroblewski, Sabine Mages, Gerhard Walgenbach, Marlies Kulpe, Sabine Drechsler, Stephan Schilling, Iris Segrodnik, Gerhard Bold, Tammo Scherr, Lars Lamowski, Hubertus Kunz, Heribert Meyer, Bernd Kuha, Heribert Stein und Alexander Stepp.

Die dbb-Delegierten wählten erneut mit 84 Prozent der Stimmen den VBE-Landesvorsitzenden Gerhard Bold in eigenem Wahlgang zum stellvertretenden dbb-Landesvorsitzenden.

■ *RED*

Unser Rätsel aus Heft 05/2014:
Hier ist die Auflösung



WAS HALTEN SIE VON RICHARD WAGNER? „ICH LIEBE SEINE STEINOFEN-PIZZA!“ „WIR MELDEN UNS!“

Gemeinsam in eine neue Runde

Der Landesgewerkschaftstag von dbb und tarifunion des Landes Rheinland-Pfalz stand unter dem Motto: Ohne uns geht's nicht. Diese Botschaft erreichte Ministerpräsidentin Malu Dreyer in besonderer Weise. Alle Delegierten hatten geduldig auf ihren Plätzen ausgeharrt, um die politische Abrechnung der mit riesigem Erfolg wiedergewählten Landesvorsitzenden Lilli Lenz live mitzuerleben. Und Lilli Lenz sparte nicht! Prägnant und zielsicher konfrontierte sie die Regierungschefin mit den Sünden der letzten fünf Jahre: Ungerechtigkeit und mangelnde Wertschätzung des Personals standen im Mittelpunkt. Perspektiven für qualifizierten Nachwuchs? Fehlanzeige. Stückwerk auf breitester Front!

Das musste die Ministerpräsidentin denn auch aushalten. Helfen konnte ihr dabei auch nicht die vage Aussage, ab 2015 die ungerechte Deckelung der 5 x 1 %-Strategie verlassen zu wollen. Alle Delegierten verlangten schon 2014 die volle Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten.

Bleibt zu hoffen, dass die Ministerpräsidentin auch tatsächlich Wort hält! Der VBE wird sorgfältig darüber wachen und sich immer wieder rechtzeitig in Erinnerung bringen. Und die Prozesse werden weitergeführt.

Maßgeblich hatte sich der VBE diesmal bei der Vorbereitung und Durchführung des Gewerkschaftstages aktiv eingebracht. Mit Sabine Drechsler und Marlies Kulpe stellte er zwei Schriftführerinnen, die den Verlauf und alle Beschlüsse sorgfältig aufnahmen und überzeugend dokumentierten. Eine Präzisionsaufgabe, nach der man sich eher nicht drängt. Beiden Kolleginnen statte ich meinen besonderen Dank ab.

Im Vorfeld des Gewerkschaftstages einigten sich die Lehrerverbände im dbb, den Kollegen Jürgen Kettner als Kandidaten aller Lehrergewerkschaften für die Landesleitung zu unterstützen. Das Wahlergebnis bestätigte die absolute Verlässlichkeit des VBE. Der Kollege aus dem vLw wurde mit einer beachtlichen Stimmenzahl gewählt.

Kettners Wahl fällt in eine sehr ereignisreiche Zeit. Auf der einen Seite geht es um die gleichwertige Arbeit aller Lehrerinnen und Lehrer, auf der anderen Seite um eine zukunftsorientierte Lehrerbildung. Erstmals in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz soll der Landtag ein Lehrerbildungsgesetz beschließen, in dem die

Gerhard Bold

gesamte Strukturentwicklung der Schullandschaft abgebildet sein soll. Darüber hinaus müssen sich die Inklusion und deren praktische Umsetzung im neuen Gesetz niederschlagen. Der VBE glaubt, dass es Jürgen Kettner durch seine verbindliche Art schaffen wird, alle Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Lehrerverbänden im dbb in dieser Frage zu einen. Schließlich geht es um die Zukunft unserer Kinder und die Anerkennung und Wertschätzung geleisteter Lehrerarbeit.

Zu Hilfe kommt ihm dabei eine Gerichtsentscheidung, die den Bachelor als Abschluss einer Lehrerausbildung für wertlos erklärt hat. Zwangsläufig bedeutet dieser Gerichtsbeschluss, dass die neue Form der Lehrerbildung ohne Wenn und Aber mit dem Master an der Universität enden muss. Alles andere bliebe Stückwerk und würde den Kindern und ihrer Ausbildung nicht gerecht.

Es gibt genug zu tun für Jürgen Kettner in seiner neuen Aufgabe. Dazu wünschen wir dem Kollegen viel Erfolg!

Gefreut hat es mich persönlich, dass mir der Landesgewerkschaftstag mit einem Wahlergebnis von 84 % der abgegebenen Stimmen einen hohen Vertrauensbeweis für meine Arbeit in den letzten fünf Jahren erwiesen hat. Das Votum ist für mich Ansporn, mein Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit unter den Lehrerinnen und Lehrern konsequent fortzusetzen.

Auf diesen VBE wird auch in Zukunft Verlass sein!

■ *Gerhard Bold*
VBE-Landesvorsitzender

VBE bereitet Rheinland-pfälzischen Lehrertag 2014 vor

Am 30. September 2014 findet an der Universität Trier der Rheinland-pfälzische Lehrertag 2014 statt. Er wird vom VBE Rheinland-Pfalz veranstaltet und ist ganz der Inklusion gewidmet, unter dem Motto „Herausforderung Inklusion – Bildungschancen gerecht gestalten“. Das einleitende Referat hält der bundesweit renommierte Pädagoge Hans Wocken aus Hamburg. In insgesamt 15 Workshops erwartet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein breites und differenziertes Angebot für die Umsetzung der Inklusion an den rheinland-pfälzischen Schulen. Anmeldungen zum Rheinland-pfälzischen Lehrertag 2014 über die VBE-Landesgeschäftsstelle (Info siehe Rückseite).

Ist der VBE undemokratisch?

Im Zuge der Änderung des Schulgesetzes werden auch die Beteiligungsrechte von Eltern und Schülern gestärkt, indem in der Gesamtkonferenz eine einvernehmliche Mitbestimmung verankert wird. Der VBE hat bereits im Vorfeld der Schulgesetz-Novelle Skepsis gegenüber diesem Vorhaben geäußert. Eltern haben damit als schulpädagogische Laien die gleichen Entscheidungsbefugnisse in den Schulgremien wie die pädagogischen Profis mit langer wissenschaftlicher Ausbildung und (oft) jahrzehntelanger Berufserfahrung. Nach Auffassung des VBE richtet sich diese Skepsis nicht gegen mehr Demokratie in der Schule, es ist vielmehr eine Entscheidung für den Erhalt pädagogischer Professionalität in den entscheidenden Schulgremien. Bei der Anhörung im Landtag Rheinland-Pfalz Mitte Mai ist dem VBE deshalb u. a. von den GRÜNEN undemokratisches Bewusstein vorgeworfen worden.
Wie sehen das die VBE-Mitglieder? Bitte schreiben Sie uns an info@vbe.de

Die aktuelle Zahl: Immer weniger Auszubildende

Im Jahr 2013 schlossen in Rheinland-Pfalz 26.493 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag im dualen System ab. Das waren 1.515 weniger als im Vorjahr (minus 5,4 Prozent) und damit so wenige wie seit fast zwanzig Jahren nicht mehr. Einen ähnlich geringen Wert gab es zuletzt im Jahr 1994.
Maßgeblich für diese Entwicklung ist neben demografischen Ursachen vor allem ein geändertes Bildungsverhalten. (Quelle: Statistisches Landesamt Bad Ems)

Studie: Inklusion kommt voran

In Deutschland steigt einer Studie zufolge der Anteil der Schüler, bei denen ein besonderer Förderbedarf festgestellt wird. In den vergangenen fünf Jahren sei der Anteil auf 6,6 Prozent (2008/09: 6,0 Prozent) gestiegen, ergab eine am 9. April veröffentlichte Analyse der Bertelsmann Stiftung. Im gleichen Zeitraum kam aber auch die Inklusion voran, also das gemeinsame Lernen von Schülern mit und ohne Behinderung. Von den Kindern mit besonderem Förderbedarf gehen inzwischen 28,2 Prozent zu regulären Schulen, gegenüber 18,4 Prozent vor fünf Jahren. Zugleich blieb der Anteil der Kinder an speziellen Förderschulen aber konstant bei 4,8 Prozent. „Der Anstieg der Schüler mit besonderen sonderpädagogischen Bedarfen deutet einen bisher verdeckten Förderbedarf an, für den jetzt zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen benötigt werden“, sagte der Bildungsexperte der Stiftung, Jörg Dräger. „Von einem Systemwandel kann hier noch nicht die Rede sein, denn das Doppelsystem aus Regel- und Sonderschulen bleibt bestehen.“ Blieben aber die Ressourcen in den Förderschulen gebunden, sei die Inklusion an den Regelschulen ernsthaft gefährdet. Bundesweit gibt es der Studie zufolge große regionale Unterschiede bei der Inklusion. So wird bei den Schülern in Mecklenburg-Vorpommern anteilig doppelt so oft Förderbedarf festgestellt wie in Rheinland-Pfalz (10,1 gegenüber 5,1 Prozent). Und in Bremen besuchen demnach viermal so viele Schüler mit Behinderung eine reguläre Schule wie in Niedersachsen (63,1 zu 15 Prozent)

Internet:
- Bertelsmann Stiftung: http://dpaq.de/I2RvK

■ *dpa*

Studenten rufen zum „Bildungsstreik 2014“ auf

Studenten aus 13 Bundesländern wollen mit einem „Bildungsstreik 2014“ in den nächsten Monaten auf die finanziell kritische Lage an den Hochschulen aufmerksam machen. In ganz Deutschland sollen Protestveranstaltungen organisiert werden. „Wir wollen auf die Straße gehen, um politischen Druck gegen die permanenten Kürzungen im Hochschulbereich aufzubauen“, sagte Clemens Wagner, Sprecher des „Aktionsbündnis – Perspektiven gestalten“, nach einer bundesweiten Studenten-Konferenz in Halle.

Zunächst seien noch im Mai dezentrale Protestaktionen an den Hochschulstandorten geplant. Am 20. Juni soll es Demonstrationen in Frankfurt/Main und Leipzig geben. Im Herbst wollen die Studenten dann in Berlin protestieren. Das Bündnis fordert, dass sich der Bund an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligt. Notwendig hierfür sei eine Grundgesetzänderung, um das Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Bildung aufzuheben.

■ *dpa*

Debatte um Gymnasialbesuch von geistig Behindertem

In Baden-Württemberg ist ein neuer Schulstreit ausgebrochen: Auslöser ist der Wunsch eines geistig behinderten Schülers, zusammen mit seinen Freunden ein Gymnasium zu besuchen. Die Chance des Jungen mit Downsyndrom, auf die Wunschschule seiner Eltern zu kommen, ist ungewiss: Die Schulkonferenz des Gymnasiums in Walldorf im Rhein-Neckar-Kreis habe einen entsprechenden Schulversuch abgelehnt, teilte das Kultusministerium am 11. April mit. Auf einer Bildungswegekonferenz soll das Schulamt mit allen Beteiligten Alternativen erörtern. Indes unterzeichneten bis zum 16. April fast 18.000 Menschen eine Online-Petition, die den Gymnasialwunsch des Elfjährigen unterstreichen soll. Die Eltern des Jungen möchten erreichen, dass ihr Sohn mit seinen Freunden aus der Grundschulzeit zusammenbleibt. Die Schule argumentiert, es gebe nicht die nötigen Rahmenbedingungen für den gemeinsamen Unterricht mit geistig Behinderten. Körperlich Behinderte würden dort bereits unterrichtet. Lehnen die Eltern die Alternativen ab, ist das Ministerium am Zug.

Internet:
- UN-Behindertenrechtskonvention: http://dpaq.de/8gQ14
- Petition: http://dpaq.de/LDkgi
- Gegenpetition: http://dpaq.de/IGAnY
- PM Kultusministerium: http://dpaq.de/ae07J

■ *dpa*

Bundesgericht: Kein Anspruch auf Ethik als Schulfach

Eltern haben keinen grundgesetzlichen Anspruch auf die Einführung eines Ethikunterrichts für ihre konfessionslosen Kinder. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am 16. April auf die Klage einer dreifachen

Mutter hin entschieden (Az: BVerwG 6 C 11.13). Die 42-Jährige aus Freiburg im Breisgau kündigte nach der Urteilsverkündung an, vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ziehen zu wollen. Die Klägerin hatte vom Land Baden-Württemberg verlangt, Ethik ab Klasse 1 als Alternative zum Religionsunterricht anzubieten. Ihre Kinder, die keinem christlichen Glauben anhängen, würden sonst benachteiligt. Das sahen die Bundesverwaltungsrichter anders. Sie wiesen die Klage wie schon die beiden Vorinstanzen ab. Das Grundgesetz garantiere und schütze den Religionsunterricht in besonderem Maße, schreibe aber das Fach Ethik nicht vor. Deswegen gebe es keinen Verstoß gegen das ebenfalls in der Verfassung verankerte Gleichheitsgebot.

Internet:
- Mitteilung des Gerichts: http://dpaq.de/CebSW
- Studie der Uni Koblenz: http://dpaq.de/SAlib

■ *dpa*

Zehnjahresbilanz: Gesamtschule statt Hauptschule

Neue Perpektiven der Schulentwicklung

Die Schullandschaft in Deutschland hat sich in den vergangenen zehn Jahren stark verändert: Es gibt deutlich weniger Hauptschulen, dafür aber mehr Gesamtschulen, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) in Wiesbaden am 24. April berichtete. Einen Boom erleben die Waldorfschulen. Im Schuljahr 2012/2013 existierten in den 16 Bundesländern etwa 34.400 allgemeinbildende Schulen. Das waren 15 Prozent weniger als vor zehn Jahren. Der Grund: Es gibt immer weniger Schüler. Die Gesamtschülerzahl schrumpfte binnen zehn Jahren um 13 Prozent – „insbesondere aus demografischen Gründen“, wie Destatis-Mitarbeiterin Andrea Malecki erklärte. Die Verkürzung des Gymnasiums in vielen Ländern verstärkte den Effekt.

So wurden in den vergangenen zehn Jahren 6.100 Schulen in Deutschland geschlossen. Doch von den Schließungen waren die verschiedenen Schulformen unterschiedlich stark betroffen: Schulartenübergreifende Orientierungsstufen gibt es nur noch halb so viele wie vor zehn Jahren; die Zahl der Hauptschulen ging um 37 Prozent zurück, die Realschulen wurden um 16 Prozent weniger. Deutlich gewachsen ist hingegen die Zahl der Integrierten Gesamtschulen: plus 51 Prozent. Es gibt 22 Prozent mehr freie Waldorfschulen und 14 Prozent mehr Schularten mit mehreren Bildungsgängen. „Die Neustrukturierungen der Schullandschaft“, von denen das Statistische Bundesamt spricht, sind auch an den Schülerzahlen ablesbar: So besuchten im Schuljahr 2012/2013 insgesamt 36 Prozent mehr Schüler den Sekundarbereich II als vor zehn Jahren.

Internet:
- Mitteilung zu Schulen: http://dpaq.de/YYr1C
- Broschüre „Schulen auf einen Blick“: http://dpaq.de/fKrN7

■ *dpa*

Fahrt zur Waldorfschule wird nicht ganz bezahlt

Waldorfschülern in Rheinland-Pfalz muss laut einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Trier die Fahrt zur Schule nicht komplett bezahlt werden. Im konkreten Fall hatten die Eltern eines Mädchens aus der Eifel geklagt, das auf eine freie Waldorfschule in Trier geht. Die Stadt hatte nur die Übernahme der Kosten bis zur näher gelegenen Realschule Plus zugesagt. Deshalb klagten die Eltern vor dem Verwaltungsgericht. Es entschied, dass die Familie keinen Anspruch auf die volle Kostenerstattung habe, wie aus dem am 24. April veröffentlichten Urteil hervorgeht (Az: 5 K 1627/13.TR). Gegen das Urteil können die Eltern Berufung einlegen.

■ *dpa*

Kein Gesichtsschleier auf der Schulbank

Eine muslimische Schülerin darf im Unterricht an einer bayerischen Schule keinen Gesichtsschleier tragen. Dieses Verbot schränke das Recht auf freie Religionsausübung nicht in unzulässiger Weise ein, entschied der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in einem am 25. April veröffentlichten Beschluss. Das Hauptargument der Richter: Der Gesichtsschleier, der nur die Augen freilässt, behindere die ständige – auch nonverbale – Kommunikation im Unterricht zwischen Lehrer und Schülern. Die junge Frau war zu Beginn des laufenden Schuljahres in eine staatliche Berufsoberschule aufgenommen worden. Ihre Aufnahme wurde aber widerrufen, nachdem sie sich geweigert hatte, ohne Gesichtsschleier (Niqab) am Unterricht teilzunehmen (Az: 22.4.2014, Az. 7 CS 13.2592).

■ *dpa*

Besoldungspolitik: *dbb* Rheinland-Pfalz fordert Ausgleich des Rückstands

Mit insgesamt knapp 100 Millionen Euro Steuerplus 2014 und 2015 können Landesregierung und Besoldungsgesetzgeber in Rheinland-Pfalz nach Meinung der dbb-Landeschefin Lilli Lenz einiges tun, um den insbesondere durch den „5 x 1 %"-Deckel auf Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst entstandenen Einkommensrückstand des Personals im öffentlichen Dienst endlich zu kurieren.

Mit Blick auf aktuelle Zahlen der amtlichen Steuerschätzung sagte die *dbb*-Landeschefin Lilli Lenz: „Jetzt kommt es darauf an, dass sich die Dienstherren und öffentlichen Arbeitgeber auf die Pflichtaufgabe ‚Faire Bezahlung der eigenen Mannschaft' besinnen.

Wir fordern die 1:1-Übernahme des Tarifergebnisses für den öffentlichen Dienst der Länder auf Beamtenbesoldung und -versorgung in Rheinland-Pfalz. Das wäre ein erster Schritt zur von Ministerpräsidentin Malu Dreyer auf unserem Landesgewerkschaftstag selbst angekündigten Abkehr vom ‚5 x 1-Prozent-Deckel' ".

In den im kommenden Jahr erneut anstehenden Verhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Landesdienst dürfe sich die Landesregierung angesichts der zu erwartenden Mehreinnahmen auch nicht als Bremser betätigen, so die *dbb*-Landesvorsitzende.

Lilli Lenz: „Geld ist da und fließt voraussichtlich weiter in beträchtlichem Umfang zu. Nun muss ein deutlicher Zug nach oben her, mit unkonkreten Ankündigungen lässt sich das Personal im öffentlichen Dienst nicht abspeisen."

Die staatlichen und kommunalen Dienstherren in Rheinland-Pfalz müssen aus *dbb*-Sicht in Zeiten des demografischen Wandels umsteuern in Richtung offensive Personalgewinnung auf der Grundlage attraktiver Beschäftigungsbedingungen. Es geht nicht an, immer mehr Aufgaben immer weniger und vergleichsweise schlechter bezahltem Personal aufzubürden.

„Die Landesregierung sieht bescheidene Spielräume. Sie hat angekündigt, diese für eine bessere Beamtenbesoldung ab 2015 zu nutzen. Aus einem Prozent dann aber vielleicht nur 1,2 Prozent zu machen, wäre ein Hohn. Deshalb wollen wir jetzt eine Anpassung in Höhe des nächsten Tarifabschlusses in Aussicht gestellt bekommen.

Außerdem muss die Landesregierung weiter schauen, dass die Bezahlung im öffentlichen Dienst insgesamt ernster genommen und nicht weiter als unausweichliches Übel betrachtet wird", so die *dbb*-Landesvorsitzende. In Anlehnung an den Landesslogan „Wir machen's einfach" fordert der *dbb*-Landesbund: „Dann macht's doch einfach. Konkrete Besoldungserhöhung jetzt!" ■ *RED*

Voranzeige – Pädagogische Fachkräfte bitte Termin vormerken!

Save the date!

Termin: **Freitag, 4. Juli 2014, ab 17.00 Uhr**
Ort: **Simmern**

Am Freitag, 4. Juli 2014, wird ein landesweites Treffen der im VBE organisierten Pädagogischen Fachkräfte stattfinden. Die Veranstaltung findet ab 17 Uhr in Simmern statt.

Freitag 04.07.2014 17.00 Uhr

Themen werden
- die neue VV zur Beschäftigung Pädagogischer Fachkräfte im rheinland-pfälzischen Schuldienst und
- ATZ für Beschäftigte

sein.

Vom VBE sind vertreten:
- **Alexander Stepp**, stellvertretender VBE-Landesvorsitzender und Mitglied des HPR FÖS
- **Sabine Drechsler**, Förderschullehrerin und AdJ-Landessprecherin
- **Marlies Kulpe**, Päd. Fachkraft und Mitglied im HPR GS sowie Referentin für Pädagogische Fachkräfte im VBE

Einladungsschreiben werden in Kürze an alle PFs per Post verschickt.

Ich freue mich darauf, Sie kennenzulernen!
Herzliche Grüße
Marlies Kulpe

Bedroht Freihandelsabkommen die Bildungsqualität?

Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft – TTIP) erfassen nach aktuellem Stand alle öffentlichen Dienste, also auch den Schul- und Bildungsbereich. Vor diesem Hintergrund steht zu befürchten, dass in der Folge private Großinvestoren Zugriff auf Bildungsangebote in Deutschland erhalten und durch Privatisierung und Kommerzialisierung den Druck auf den bisher gültigen hohen Qualitätsstandards der öffentlichen Bildung in Deutschland erhöhen.

Der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann hat sich deshalb jetzt an die Bundesregierung gewandt und gefordert, die offenbar geplante uneingeschränkte Anwendung des TTIP auf öffentliche Dienstleistungen nicht zuzulassen. Er warnt vor nicht abschätzbaren Risiken für die öffentliche Bildungsversorgung, zumal die intransparente Verhandlungsführung des TTIP und die reduzierte Einbindung der Parlamente befürchten lässt, dass die Länderregierungen, vor allem aber die im Schul- und Bildungsbereich Tätigen, vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Der VBE – so Udo Beckmann – vielmehr ist der Überzeugung, dass sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten nachdrücklich für einen allgemeinen Ausschluss der Bildungsdienstleistungen aussprechen sollten. Regeln für den kommerziellen Handel dürfen keinesfalls die Möglichkeiten der Regierungen und der zuständigen öffentlichen Behörden einschränken, öffentliche Bildung in hoher Qualität bereitzustellen. Dies kann nur durch eine explizite Ausnahme sämtlicher Bildungsdienstleistungen aus den TTIP-Verhandlungen sichergestellt werden.
Sollte der Bildungsbereich unter die TTIP fallen, so hätte das gravierende Folgen. Bestimmungen zur Regelung des Marktzugangs könnten die Möglichkeiten der EU-Mitgliedsstaaten zur Zugangsbeschränkung und zur Regulierung der Qualität privater und gewinnorientierter Schulen und Einrichtungen einschränken.

Mit Blick auf Streitschlichtungsverfahren zwischen Investoren und dem Staat als Teil der TTIP hätten private Bildungsunternehmen aus der EU oder den USA das Recht, jegliche von der anderen Partei vorgenommenen Maßnahmen, die ihrer Ansicht nach ihre Gewinnaussichten einschränken, vor internationalen Gerichten anzufechten. Der VBE warnt deshalb eindringlich vor tief greifenden Auswirkungen auf die demokratische Beschlussfassung im Bildungsbereich.

■ *RED*

Johannes Görg: 100 Jahre jung

Am 13. Mai 2014 feierte Johannes Görg seinen 100. Geburtstag in Eitelborn. Johannes Görg ist 1952 dem VBE (damals VKLD) beigetreten und war zuletzt Konrektor in Lahnstein. Er ist Ehrenmitglied im VBE-Kreisverband Rhein-Lahn. Für den VBE Rheinland-Pfalz überbrachten der Landesvorsitzende Gerhard Bold (2. von links), Margarethe Deinet als (komm.) VBE-Kreisvorsitzende Rhein-Lahn (links) und Barbara Kuch als VBE-Kreisvorsitzende im Westerwald herzliche Glückwünsche (siehe auch Seite 30, Zum Tee bei ...). RED

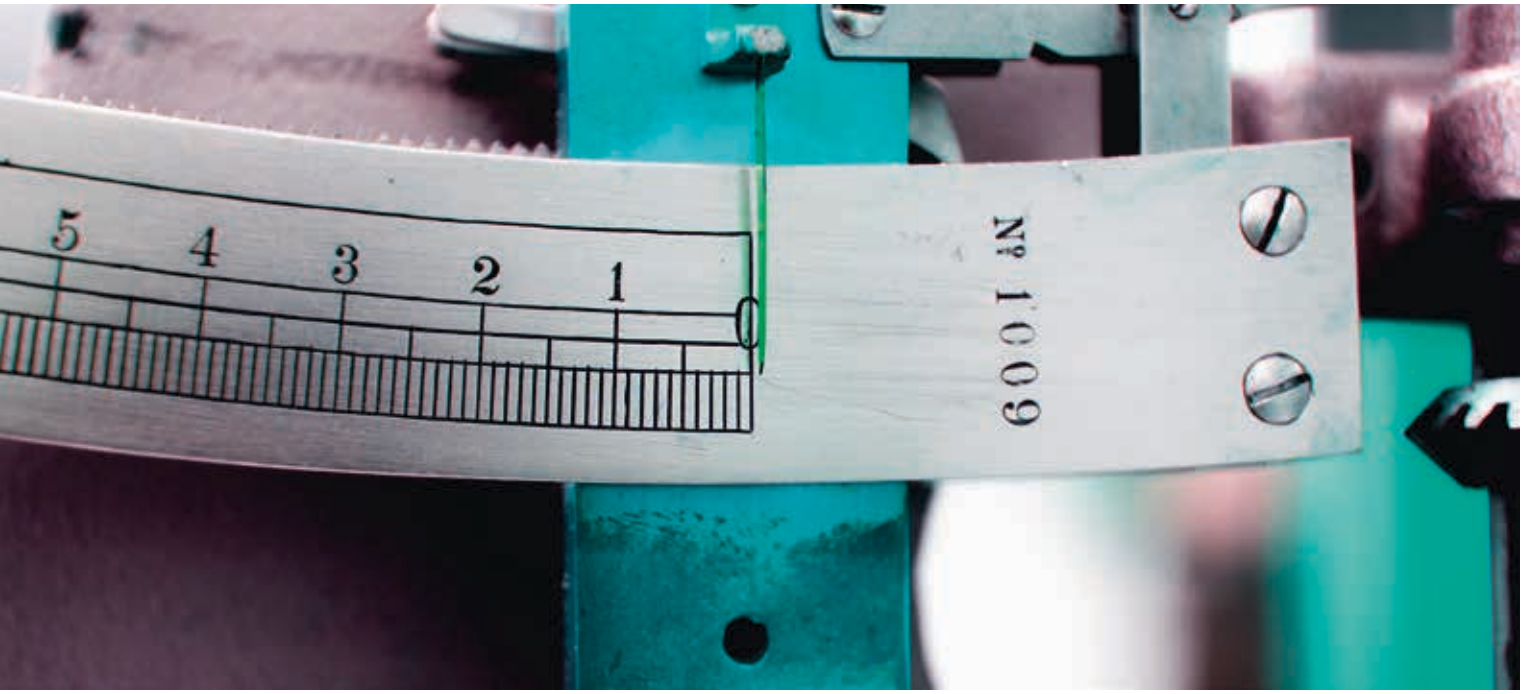
Rechtzeitig vor den Zeugnissen

Völlig überarbeitete und ergänzte Auflage
Mainz, im April 2014

136 Seiten, DIN A5, Ringösenheftung mit CD
Herausgeber: VBE Bildungs-Service GmbH
€ 5,20 pro Stück (zzgl. Porto und Verpackung)

Bestellungen an die
VBE-Landesgeschäftsstelle
Postfach 4207 ▪ 55032 Mainz
Fon 06131 616422 ▪ Fax 06131 616425
info@vbe-rp.de ▪ www.vbe-rp.de

VBE-Mitglieder erhalten auf Anforderung wie gewohnt ihr Exemplar kostenlos. Mitteilung an die VBE-Landesgeschäftsstelle genügt!



Seit vielen Jahren gehören vergleichende Leistungstests in den Schulen, vor allem aber in der Bildungspolitik, zum Alltag. TIMSS, PISA, MARKUS, VERA und andere sind zum Synonym für die empirische Durchleuchtung von Schule und Unterricht geworden. Sie haben auch dazu geführt, dass öffentliche Bildung, deren Qualität und deren Ergebnisse in den Fokus des öffentlichen Bewusstseins gerückt sind. Sie sind zu gesellschaftlichen Ereignissen geworden. Schwache PISA-Ergebnisse wühlen die Gemüter auf, und sie führen zu Reformen wie selten in der deutschen Schulgeschichte zuvor. Aber führen solche Tests auch im Ergebnis dazu, dass der Unterricht besser wird? Dass Lernen erfolgreicher ist? Diesen Fragen geht diese RpS-Ausgabe am Beispiel der Vergleichsarbeiten (dafür steht VERA) nach.

■ *RED*

Messen, testen – und was dann?

– Ein Plädoyer für die Wiederentdeckung der Bildung in der Bildungspolitik –

Zum 10-jährigen Jubiläum der Vergleichsarbeiten sollte man daran erinnern, dass die Schulpolitik in den letzten Jahren ein ganzes Bündel von Instrumenten eingeführt hat, die Reformen versprechen: Bildungsstandards, Sprachstandserhebungen, Inspektionen, Zentralabitur, Bildungsberichterstattung oder die langfristige Beteiligung an internationalen Vergleichsstudien. Die Notwendigkeit für Reparaturen mag man nicht anzweifeln. Auch nicht, dass Reformen der Schule empirisches Wissen benötigen. Die Erfassung der Ergebnisentwicklung gehört selbstverständlich zu den Aufgaben schulpolitischer Führung.

Outputs und Outcomes

Die Schulpolitik kann im Hinblick auf diese Aufgabe ein hohes Engagement nachweisen. Im Juni 2006 hat die Kultusministerkonferenz die Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring beschlossen. Ziel ist die „systematische und wissenschaftlich abgesicherte Feststellung von Ergebnissen des Bildungssystems“ (KMK 2006). Diese Dokumentation zielt auf Outputs: Informationen zu Schulabbrechern, Abiturquoten, Absolventen, Übergangsquoten oder geleisteten Unterrichtsstunden. Solche Daten werden seit 2004 im Bildungsbericht publiziert. Outcomes hingegen beschreiben kurz-, mittel- oder langfristige Lernergebnisse sowie deren unmittelbare oder mittelbare Effekte. Man muss keine neueren Management- oder Organisationstheorien bemühen, um zu verstehen, wie wichtig es ist, Ziele nicht nur zu definieren, sondern die Prüfung der Zielerreichung zu einer wesentlichen Aufgabe eines rationalen Managements zu machen.

Mit dem Paradigma des Monitorings wird aber ein Versprechen verbunden. Auf der Basis der Ergebnisfeststellung sollen mögliche Gründe für eventuell unbefriedigende Ergebnisse analysiert und daraus geeignete Reformmaßnahmen durch die Bildungspolitik und -verwaltung abgeleitet werden. Es geht also der KMK nicht nur um die systematische Beschaffung der Informationen über das Bildungssystem und die Schulen, sondern gleichzeitig auch um die enge Verknüpfung dieser Informationen mit Maßnahmen zur Unterrichts- und Qualitätsentwicklung, die der konkreten Arbeit an jeder einzelnen Schule zugutekommen und dort genutzt werden kann.

Auf diese Weise wird die Monitoringstrategie als eine Qualitätsentwicklungsstrategie „verkauft“. Jedenfalls suggeriert dieser Programmwandel der Öffentlichkeit und der Lehrerschaft, dass es „eigentlich“ um Entwicklung geht.

Was aber passiert tatsächlich nach der Datenerfassung? Wo ist die notwendige Analyse der Prozesse und der Ressourcen? Im Fall zufriedenstellender Leistungen kann nur so die Qualität gesichert, im Fall einer unzureichenden Leistungserbringung können nur auf diese Weise Erfolg versprechende Gegenmaßnahmen implementiert werden. Die Performanz einer Organisation ist nicht durch das Messen der Ergebnisse zu steuern.

Am Ziel der Verbesserung vorbei

Monitoring und Qualitätsentwicklung werden als „Zwillingspärchen“ ausgegeben. Entwicklung benötigt Monitoring, aber die Leistungsmessung ist – falls Ziele definiert sind – das schlichteste Element im Management. Unterstellt man die Güte der Monitoring-Instrumente, so liegt das zentrale Problem in der Kommunikation ihrer Nützlichkeit. Das Potenzial dieser Instrumente für Schul- und Unterrichtsreform kann sich nur entwickeln, wenn sie die für Wandel zuständigen Akteure überzeugen und von ihnen effizient und in erwarteter Weise umgesetzt werden können. Nach zehn Jahren Erfahrung gibt es wenige Hinweise darauf, dass diese Ziele erreicht wurden.

Die Schulforschung kann kaum empirische Nachweise dafür referieren, dass Leistungsmessungen zu Entwicklungsprojekten führen. Das gilt auch für Vergleichsarbeiten, die Lehrerinnen und Lehrer Orientierung geben wollen. Es gelingt kaum, ihnen praktische Information zur Unterrichtsentwicklung zu liefern. Zwar kann gezeigt werden, dass Lehrerinnen und Lehrer die Daten nach spezifischen Fortbildungen durchaus nutzen können, doch solche Unterstützungsmaßnahmen sind nicht der Normalfall. Die Politik kümmert sich kaum um Implementierung. Einen ähnlichen Befund erhält man, wenn Studien zu den Effekten der Schulinspektion auf Schul- und Unterrichtsentwicklung analysiert werden. Bislang konnten keine oder allenfalls schwache positive Effekte von Schulinspektion auf Unterrichts- und Schulentwicklung nachgewiesen werden. Insbesondere für den Unterricht, der ja Kern der Beobachtung der Inspektoren ist, sehen Lehrerinnen und Lehrer keinen Nutzen. In einer von Kolleginnen und mir durchgeführten Befragung der Lehrerschaft von 15 Schulen lag der Mittelwert der Antworten auf die Frage nach Effekten der Inspektion auf den Unterricht deutlich näher an „gar nicht“ als an „wenig“.

Möglicherweise ist nicht die „Diagnose“ das Problem, sondern vielmehr die Verzahnung von Schulinspektion und Schulentwicklungspraxis. Auch die Inspektion behauptet, mit der Datenerhebung Entwicklung zu erzeugen. Schulen sollten aber nicht mit identifizierten Problemen alleinegelassen werden, sondern Bildungspolitik und Forschung müssten ihnen mehr konkrete Handlungsoptionen und passgenaue Unterstützungsleistungen an die Hand geben, damit Schulinspektionen als Entwicklungsinstrumente genutzt werden können.

Auch das große Projekt „Bildungsstandards“ muss in dieser Richtung kritisiert werden. Bildungsstandards versprechen zwei Funktionen zu erfüllen: „Für die als notwendig erachtete Weiterentwicklung des Unterrichts werden zwei Funktionen der Bildungsstandards, die Überprüfungs- und die Entwicklungsfunktion, in systematischer Weise miteinander verbunden“ (KMK 2010, 9). Das Versprechen der Weiterentwicklung des Unterrichts wird allerdings dem Prinzip der Überprüfung untergeordnet. Offenbar hofft die Politik, dass sich aus den vom IQB entwickelten Tests und Aufgabenbeispielen gewissermaßen durch die Hintertür Bildungsstandards ins Klassenzimmer herunterarbeiten. Obwohl Standards einen hohen Stellenwert besitzen, fehlt eine angemessene Strategie zu ihrer Implementierung.

Die Schule ist „dran“

Während das Versprechen der erhöhten Selbstständigkeit der Einzelschule kaum eingelöst ist, hat sich der Zwang zur Rechenschaftslegung deutlich erhöht. Für den „Betrieb Schule“ führt diese Situation zu weniger Freiheit, und die Lehrerschaft konfrontiert sie mit der für sie neuen Situation, beobachtet – und in Verantwortung genommen zu werden – ,ohne dass sie eine angemessene Hilfestel-

lung bekommt und zusätzlich pädagogische Großprojekte stemmen muss: Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe, Ganztagsausbau, individuelle Förderung, Inklusion … die Liste ist lang.

Insbesondere, wenn es um mehr als nur kleinere Veränderungen geht, benötigen komplexe Organisationen zu ihrer Reform anspruchsvolle Instrumente und deren abgestimmtes Zusammenspiel. Zu den Aufgaben einer strategischen Führung gehört es vor allem, das erwartbare Leistungsspektrum zu klären und alle Maßnahmen auf die Erreichung der definierten Ziele auszurichten. Je komplexer ein System, desto größer ist der Aufwand, der nötig ist, das Zusammenspiel zu managen. Ordnet die Schulpolitik die Vielzahl formulierter Ziele, priorisiert sie Ziele, analysiert sie Ziele auf Widersprüche hin? Werden die vielfältigen Einzelmaßnahen orchestriert? Sind die Ressourcen den Aufgaben angemessen? Statt einer Monitoringstrategie benötigt Reform ein komplexes Wandlungsmanagement.

Die Schulpolitik versagt, beurteilt man sie an diesen Prinzipien, in ihrer strategischen Führungsaufgabe. Aber sie handelt in ihrem Sinne durchaus „rational“, indem sie sich gegen Kritik immunisiert: Sie delegiert nämlich die Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg der notwendigen Reform auf die Ebene des Einzelbetriebes. Die Einzelschule und ihre Lehrerschaft sollen es richten. Was immer schiefläuft, kann der „autonomen“ Schule angelastet werden. So hat man einen Sündenbock – aber noch keine Reform.

Renaissance der Bildung

Reform kann nicht auf die Überprüfung von Organisationsleistungen reduziert werden. In einem Innovationsmodell ist weniger das Wissen um Leistungsergebnisse ein Problem, sondern vielmehr das Wissen um Leistungserbringung: Wie sind Prozesse zu gestalten und welche Inputs sind nötig und erzeugen welche Effekte? Während aber Politik – und die einschlägige Bildungsforschung – sich auf das Messen fokussiert, werden diese wirklich schwierigen Fragen bislang weitgehend ausgeklammert.

Die Kritik an der Vermessung kann auch mit der Aufforderung zur Wiederentdeckung der Bildung verknüpft werden. Diese Sicht warnt vor der Reduktion schulischer Inhalte auf das, was messbar ist. Wir schätzen nicht mehr wert, was Bildung zu leisten in der Lage ist (und sein sollte), sondern was wir messen können. Aber geht es nicht darum, dass die Kinder und Jugendlichen neugierig sind, dass sie Interessen entwickeln, dass sie kreative Ideen haben und die großen Ideen und Themen der Menschheit kennen, statt Inhalte zu bearbeiten, die einer standardisierten Kompetenzmessung zugänglich sind? Es wird auch nicht schaden, einen Blick zurück auf die großen Curriculum- und Bildungsdebatten der 1960-er und 1970-er Jahre zu werfen. Wer nach vorne fahren will, muss wissen, wohin. Aber für eine sichere Fahrt ist ein gelegentlicher Blick in den Rückspiegel von Vorteil. Sicher ist im Übrigen, dass sich eine Rückkehr zur Schulpolitik „vor PISA“ – gar ihre Romantisierung – verbietet.

Die Gefährdung durch eine zu dominante Outcome-Messung lässt sich übrigens auch organisationssoziologisch ausdrücken. In seinem Klassiker „Modern Organizations“ aus dem Jahr 1964 beschrieb Etzioni: „Zu häufiges Messen kann nämlich die Ziele der Organisation verkehren, weil in der Regel bestimmte Merkmale des Ertrages besser messbar sind als andere. Die häufige Kontrolle könnte die Mehrerzeugung von gut messbaren Gütern fördern und die Erzeugung weniger gut messbarer behindern.“ (1978, S. 22).

Am 06. Mai dieses Jahres veröffentlichte der „Guardian” einen offenen Brief von etwa 100 (meist US-amerikanischen) Bildungsforschern an den für PISA zuständigen OECD-Direktor Andreas Schleicher (Deutsche Übersetzung: http://bildung-wissen.eu/wp-content/uploads/2014/05/offener-brief-schleicher-autorisierte-fassung.pdf).

Sie fordern ein Moratorium und beklagen unter anderem, dass Pisa und sein Messverfahren die Freude am Lernen zerstören und die Aufmerksamkeit der Bildungspolitik auf das kurzfristige Verbessern im Ranking ausrichten. Reformen aber benötigen Zeit und andere Instrumente als die Testung. Der Appell verweist darauf, dass vor allem Politik und Verwaltung überwacht und überprüft werden müssen. An der Evaluation ihrer Maßnahmen hat die Schulpolitik aber offensichtlich wenig Interesse.

Prof. Dr. Wolfgang Böttcher
Westfälische Wilhelms-Universität
Institut für Erziehungswissenschaft
wolfgang.boettcher@uni-muenster.de

Die Umsetzung landesweiter Vergleichsarbeiten in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland ist Teil der Gesamtstrategie, die die Kultusministerkonferenz 2006 zum Bildungsmonitoring verabschiedet hat. Ob diese KMK-Ziele mit VERA erreicht werden können, ist noch nicht wissenschaftlich untersucht worden. Der VBE ist einer der Autoren des Manifests „10 Jahre VERA – das Ziel ist verfehlt. Schulen brauchen Unterstützung statt Testeritis“, das Anfang Mai in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die RpS-Redaktion sprach darüber mit dem VBE-Bundesvorsitzenden Udo Beckmann.

■ *RED*

Leistungstests:
Segeln unter falscher Flagge?

Was bewog den VBE zu dem bildungspolitischen Manifest „10 Jahre VERA – das Ziel ist verfehlt!“ ?

VERA ist für den VBE ein Segeln unter falscher Flagge. Die flächendeckenden Schülervergleichsarbeiten in den Jahrgängen drei und acht sollen den Kompetenzstand der Schülerinnen und Schüler messen, um daraus Rückschlüsse über die Qualität des Unterrichts zu ziehen. Sie sollen den Kolleginnen und Kollegen auch Impulse für das künftige Unterrichten geben.

Doch das erklärte Ziel, dadurch die Schul- und Unterrichtsentwicklung voranzubringen, wird verfehlt. VERA ist lediglich ein punktuelles Messen in den Fächern Deutsch und Mathematik, inwieweit dort die jeweiligen Bildungsstandards durch die Schüler erreicht werden. Die Rückmeldungen an die Schulen taugen kaum als Diagnose und lassen vor allem die Therapie außen vor.

Ein Test bildet immer einen Moment ab. Kann er nicht dennoch wertvolle Hinweise darüber hinaus geben?

Es ist zu kurz gesprungen, wenn Kolleginnen und Kollegen die Testergebnisse ihrer Klasse mit denen der Nachbarklassen und Schulen formal vergleichen können, aber die konkreten Bedingungen nur unzureichend einbezogen werden.
Kein VERA-Test hat bisher zu verbesserter Personalausstattung an der Schule, zu mehr Möglichkeiten individueller Förderung für Schüler, zu gezielten Fortbildungsangeboten für die Kolleginnen und Kollegen geführt. Mit VERA lassen die verantwortlichen Bildungspolitiker letztlich nur Defizite erheben. Sie lassen Lehrerinnen und Lehrer damit allein.

Sie kritisieren auch die „Zeitverschwendung“ ...

Genau. Das Einzige, was bei VERA wirklich garantiert ist, ist der erhebliche zusätzliche Zeitaufwand. VERA bindet Zeit und verschwendet Ressourcen, die in der Schul- und Unterrichtsentwicklung besser angelegt wären. Das ist paradox mit Blick auf den vorherrschenden Mangel an Mitteln für die Bildung.

Udo Beckmann

Mit Blick auf die zunehmend heterogenen Lerngruppen an allen Schulen und das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern wollen Lehrerinnen und Lehrer:

- Rückmeldungen über den Erfolg ihres Unterrichts,
- die Sicherung der notwendigen personellen, sächlichen, räumlichen Ressourcen und
- systematische praxisrelevante Fortbildung.

Anstatt auf Tests – worauf soll sich die Bildungspolitik konzentrieren? Was sind die zentralen VBE-Forderungen?

Lehrerinnen und Lehrer benötigen Diagnosewissen und mehr Kenntnisse in der Förderdiagnostik. Sie müssen didaktisch und methodisch top sein, um alle Schüler individuell zu fördern. Um jedem Kind gerecht zu werden, muss die Leistungsbewertung verändert werden. Die Kolleginnen und Kollegen benötigen grundlegendes Wissen für effektives Classroom-Management, für Prävention und Intervention bei Verhaltensstörungen, Lernstörungen und Sprachstörungen. Dafür brauchen wir Ressourcen – und nicht für eine empiristische Durchleuchtung.

Klar ist auch, dass an jeder Schule – nicht nur angesichts des Themas Inklusion – multiprofessionelle Teams aus Lehrern, Sonderpädagogen und Schulsozialarbeitern nötig sind und ein außerschulisches Netzwerk (Ärzte, Therapeuten, Psychologen, Mitarbeiter der Jugend- und Sozialhilfe etc.) aufgebaut und gepflegt werden muss.

Ein Vergleichstest wie VERA engt dagegen den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen unzulässig ein und verdeckt die individuellen schulischen Bedingungen. Das Messen in zwei Fächern taugt nicht, um ernsthafte Aussagen über die Schulentwicklung zu treffen. Bei keiner Schülerin, bei keinem Schüler. Im schlimmsten Falle ignorieren die Testergebnisse die Situation an der Schule und demotivieren das Kollegium.

Der VBE fordert mehr Unterstützung für die Schulen zur Unterrichtsentwicklung und nicht das Testen um des Testens willen.

Für das Interview bedankt sich Hjalmar Brandt

Reinhold Jäger

Transparenz und Kontrolle:

JA!, aber mit dem Ziel der individuellen Förderung und Kontrolle von Chancengerechtigkeit!

von Reinhold S. Jäger

Keine demokratisch legitimierte Regierung und folglich kein Bildungsministerium kommt ohne Kontrolle aus. Zu lange wurden Bildungsbemühungen in der Bundesrepublik der Tagespolitik und dem Parteienstreit überlassen. Mit den ersten Ergebnissen von PISA wurde die Bildungspolitik aufgeschreckt und empirische Bildungsforschung hat einen rasanten und nachhaltigen Auftrieb erhalten. In diesem Umfeld entstand auch die Idee von VERA. Der Band von Zimmer-Müller & Hosenfeld (2013) resümiert das Geschehen.

Was jede Firma leistet, das sollte auch das Ziel der Bildungspolitik sein: Controlling zum Zwecke der Bestandsaufnahme und Optimierung, allerdings mit dem Unterschied, dass hierbei Recht, Ethik sowie die Wahrung der Chancengerechtigkeit insbesondere bei den Lernenden gewahrt werden müssen. Das von der KMK propagierte Bildungsmonitoring will einen kontinuierlichen und systematischen Prozess in Gang setzen, welcher der Erfassung, Auswertung und Darstellung von Daten zweckdienlich ist, die Aussagen zur Bildungssituation und Bildungsqualität in einem Bildungssystem erlauben. So weit, so gut.

Mittlerweile startet in jedem Frühjahr VERA für 3. und 8. Klassen. Die resultierenden Ergebnisse werden anschließend auf Länderebene zusammengefasst, Schulen gewinnen eine Rückmeldung über sich, Gleiches ist auf der Klassenebene gegeben. Damit existiert ein wichtiges Instrument zur Standortbestimmung. Allerdings: Wegen der weiterhin desolaten Ausbildung kann nicht davon ausgegangen werden, dass jede Lehrkraft über eine hinreichende diagnostische Kompetenz verfügt, um eine gezielte und zugleich faire eigene Standortbestimmung durchzuführen. Wegen dieser Bedingung wird man weiterhin auf solche standardisierten Vergleichsarbeiten wie VERA zurückgreifen müssen.

Die Ausbildung von Lehrkräften ist Hauptaufgabe der Pädagogischen Hochschulen und Universitäten. Würde man den Gedanken des Bildungsmonitoring wirklich ernst nehmen, müssten sich diese Hochschulen mit ihren Lehrenden und Lernenden ebenso einer Qualitätsüberprüfung unterziehen. Zwar ist dieser Gedanke schon längst in die Welt gesetzt (s. a. Jäger & Frey, 2013), doch wird er nicht verfolgt. Warum nur?

Böttcher kritisiert die Monitoringstrategie, weil sie als Qualitätsentwicklungsstrategie verkauft würde. Dieses Faktum einer solchen Strategie ist nicht ehrenrührig, allerdings unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Es ist eine unabdingbare Fürsorgepflicht der zuständigen Bildungsministerien, nach der Phase einer ausgeuferten Testeritis nunmehr „Nägel mit Köpfen“ einzuschlagen, die erkennen lassen, dass das Versprechen der Förderung endlich eingelöst wird. Dies ist das eigentliche Megathema der Bildungsforschung. Es gilt: Ohne eine hinreichende Erkenntnis über das ob einer Förderung kann auch keine ausreichende Förderung zuteil werden. Auch das Instrument VERA ist dabei nützlich.

Schon 1999 schrieb Kerstan in ‚Die Zeit‘: „Zwar erschöpft sich die Qualität der Schule nicht in messbarer Leistung, aber ohne sie funktioniert sie nicht. Wer beim Fußball über das schöne Spiel das Toreschießen vergisst, hat den Sinn des Spiels nicht begriffen“. Und ich ergänze: Jedes Resultat aus nationalen und internationalen Vergleichsuntersuchungen muss Ausgangspunkt von Folgemaßnahmen sein, nämlich wie die erhobenen Daten genutzt werden können, um die individuellen Voraussetzungen von Schülerinnen und Schülern zu verbessern, aber auch Unterricht zu optimieren, Bildungsgerechtigkeit zu realisieren und individuelle Lebenschancen zu mehren.

Wenn Bildungsforschung das Paradigma der Grundlagenforschung nicht verlässt und keine spürbaren Erfolge im Sinne von Förderung in den Schulen „produziert“, hat sie ihre Chance und die Unterstützung durch Bevölkerung und Politik vertan. Das bedeutet aber, sich wegzubewegen vom Monitoringgedanken, hin zu der Basis von Schule: das sind Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern. Sie müssen für gemeinsame Ziele begeistert werden. Und hier helfen keine Top-down-Strategien, die ihren Ausgangspunkt in dunklen Hinterzimmern von Ministerien haben. Bildungsforschung wird dann konkrete Hilfen entwickeln. Das führt zu einer evidenzbasierten Pädagogik, bei der Lehrkräfte die Funktion von „Local Educational Scientists“ (Jäger, 2011) übernehmen. Hinter dieser Funktion verbirgt sich, dass alle Lehrenden und Erziehenden ein wissenschaftliches Vorgehen einschlagen, innerhalb dessen sie die Aufgabe haben, Daten bereitzustellen, die in eine evidenzbasierte Pädagogik einfließen. Der Weg hierzu mündet in eine rational begründete und zugleich empirisch abgesicherte Förderung ein. Diagnostik und Evaluation spielen hierbei eine wegweisende Rolle.

■ *Prof. Dr. Reinhold Jäger*
zepf: Universität Koblenz-Landau
jaeger@zepf.uni-landau.de

Literatur

- Jäger, R. S. & Frey, A. (2013). Editorial. Lehrerbildung auf dem Prüfstand, 6,2, 113–116.
- Jäger, R. S. (2011). Diagnostik und Evaluation – zwei untrennbare Geschwister in der Bildungsforschung – ein Plädoyer für den Local Educational Scientist. In Zlatkin-Troitschanskaja, O. (Hg.). Stationen empirischer Bildungsforschung. Traditionslinien und Perspektiven (S. 479–489). Wiesbaden: VS Verlag.
- Kerstan, T. (1999). Zeugnis für die Schule. Ein bildungspolitisches Tabu wird gebrochen: Über Leistung darf wieder geredet werden – auch über die der Schulen selbst. Bahnt das den Weg zu einer besseren Bildung? (Online: http://www.zeit.de/1999/12/199912.schulqualitaet_.xml)
- Zimmer-Müller, M. & Hosenfeld, I. (2013). Zehn Jahre Vergleichsarbeiten: Eine Zwischenbilanz aus verschiedenen Perspektiven. Landau: Verlag Empirische Pädagogik.

Besoldung – Dreyer rudert zurück:
Berechtigte Hoffnung – oder Honig ums Maul?

Allenfalls eine zaghafte Hoffnung kann aufkommen, wenn man den Pressedienst der Staatskanzlei vom 30. April 2014 gelesen hat. Zu schwammig und vorsichtig formulieren Malu Dreyer und Carsten Kühl, wenn sie laut über den Rückzug aus dem 5 x 1-Diktat sinnieren. Sie scheinen um alles in der Welt keine Aussagen tätigen zu wollen, die man ihnen hinterher als falsche Versprechungen um die Ohren hauen könnte.

Dennoch gilt es für sie, so könnte man vermuten, auch bei den eigenen Bediensteten zu punkten und ihnen Butter aufs Brot zu versprechen – auch wenn wahrscheinlich gar nichts oder eben nichts als Diätmargarine übrigbleibt. Wer der Rede der Ministerpräsidentin bei dem diesjährigen Landesgewerkschaftstag Anfang Mai genau zugehört hat, kann ebenfalls kaum einen hoffnungsvolleren Eindruck gewonnen haben. Zu sehr wand sich Dreyer um Formulierungen, zu sehr schien sie bemüht, den Beamtinnen und Beamten ihre Privilegien aufzuzählen und ihnen im gleichen Atemzug Honig um den Mund zu schmieren.

In der Tat fällt es der Ministerpräsidentin nicht ganz leicht, sich aus dem Diktat heraus zu erklären. Doch zwei wesentliche Punkte, die ihre Regierung bewegen, von dem bisherigen Besoldungsdeckel abzuweichen, identifiziert sie klar. Das Umdenken der Regierung sei einerseits aufgrund des Steueraufkommens in Rheinland-Pfalz, das höher ausfiel als erwartet, möglich geworden. Andererseits könne die „Deckelung der Beamtenbesoldung“ vor dem Hintergrund der „dynamischen Entwicklung bei den Löhnen und Gehältern [...] keinen Bestand haben“. Es drohe sonst, so Dreyer, eine Auseinanderentwicklung des Abstands der Besoldung zu den Gehältern. Obgleich jeder, der eins und eins zusammenzählen kann, sich völlig klar darüber sein muss, dass die Bezüge der Beamten bereits heute himmelweit hinter der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung herhinken, wiederholte die Ministerpräsidentin Gleiches in ihrer Rede auf dem Landesgewerkschaftstag, als wäre diese Abkoppelung nicht längst schon Fakt.

Das waren aber auch schon sämtliche guten Nachrichten. Denn was, wenn Dreyer und Kühl plötzlich liefern müssen?

Das Leben ist nicht immer planbar.
Eine Pflegeversicherung schon.

Die DEUTSCHE PRIVAT PFLEGE PLUS bietet für Pflegebedürftigkeit die ideale Lösung. Passgenau und flexibel.

- Ohne Altersbegrenzung
- Leistung ohne Kostennachweis
- Versicherung für alle Pflegestufen
- Mit 24-Stunden-Pflegeplatzgarantie
- Optional mit staatlicher Förderung

Jetzt informieren!
Tel.: 06133-924019

Ihr Vorsorgespezialist vor Ort berät Sie gerne:
Michael Pfeffer, Anna-Seghers-Str. 5, 55276 Oppenheim
Tel.: 06133-924019, pfeffer.michael@mv-adp.de

Ein starker Partner:
MÜNCHENER VEREIN VERSICHERUNGSGRUPPE
Der Generationen-Versicherer

ÖDMV
Mein Versorgungswerk e.V. für den Öffentlichen Dienst
Unsere Stärke für Ihre Zukunft

Schwanger mit (und erschrocken von) diesem Gedanken ergehen sie sich prophylaktisch in Konjunktiven und verschanzen sich hinter Vorbehalten. Denn freilich kann die Deckelung nur „geöffnet“ werden (Cave: hier kein Wort von Übertragung der Tarifabschlüsse auf die Beamten), wenn „die gute Entwicklung bei den Steuereinnahmen und die wirtschaftliche Entwicklung konstant positiv bleiben“. Davon schien die Landesmutter jedoch bei ihrem Auftritt vor den Gewerkschaften überzeugt, als sie betonte, dass es sich hier nicht nur um kurzlebige „konjunkturelle Effekte“, sondern um „eine konstant gute Einnahmesituation seit mehreren Jahren“ handele. Unter dem Raunen der Anwesenden sicherte sie ein Besoldungsmehr für die Beamtinnen und Beamten für 2015 und 2016 zu, das mit „definitiv über einem Prozent“ von den Betroffenen als „vernünftiger Abschluss“ empfunden werden soll.

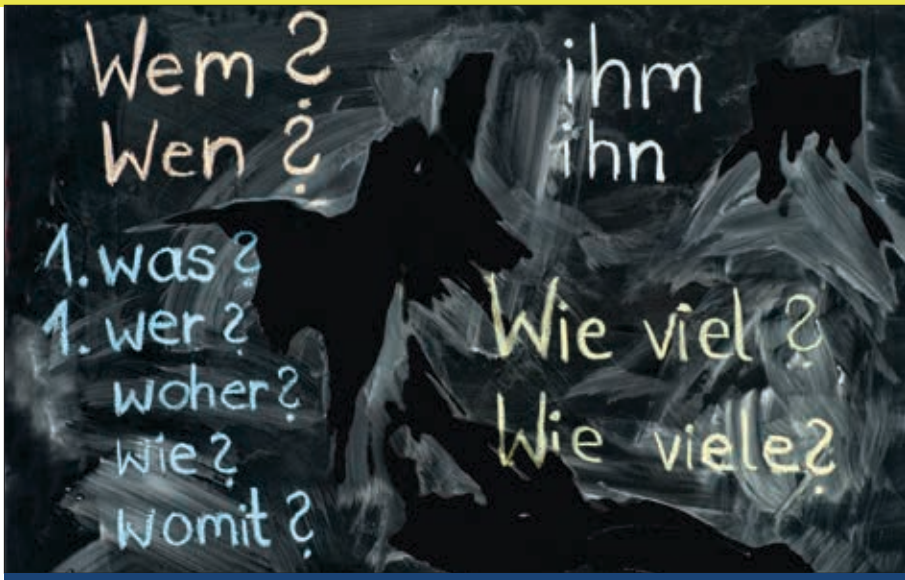
Was ist damit konkret gemeint? Mit der Konkretion ist das natürlich so eine Sache, denn die wird man hier nicht bekommen. Annäherungsweise musste sich der geneigte Zuhörer mit der Angabe begnügen, dass „Öffnung der Deckelung“ nach Dreyer/Kühl „eine Besoldungserhöhung über das eine Prozent“ erziele – was natürlich noch lange keine Anpassung der Besoldung an die Tarifabschlüsse bedeutet, sondern sich auch in 1,5 Prozent erschöpfen könnte. In dieser Hinsicht betonte Dreyer in Mainz:

> *„Nennen Sie mir bitte den Minister oder die Ministerin, die vor einer Tarifverhandlung erklärt, dass sie zu hundert Prozent den Tarifabschluss übernimmt! Sie werden verstehen, dass ich das heute nicht machen werde und auch nicht machen kann, aber ich sage Ihnen zu, dass der Deckel geöffnet ist und dass wir zu einer vernünftigen Besoldungserhöhung kommen werden für die Jahre 2015 und 2016 und [...] daran können Sie uns auch messen!“*

Hinzu kommt, dass die Regierung sich laut Pressedienst vorbehält, die nächsten zwei Steuerschätzungen sowie das Ergebnis der nächsten Tarifabschlüsse abzuwarten. Sollte die steuerliche Entwicklung nicht konstant positiv sein oder aber die Tarifabschlüsse die wirtschaftliche Entwicklung nicht widerspiegeln, könnte es Essig sein mit einer Besoldungserhöhung außerhalb des Diktats ab 2015 und damit mit der Beendigung von „5 x 1“ nach „3 x 1“, wie es Dreyer in Mainz formulierte. Doch freilich bemühte die Ministerpräsidentin sich sichtlich, in dieser Hinsicht Optimismus zu versprühen.

Bekommt die Landesregierung vielleicht langsam kalte Füße bei dem Gedanken an die Klage eines Oberstaatsanwalts aus Rheinland-Pfalz gegen die Deckelung, die demnächst vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt werden wird?

Durchaus möglich erscheinen lässt dies die Erwähnung der Heiligen-Sankt-Schuldenbremse als „Verfassungsgebot“.



Besoldungspolitik der Landesregierung – nichts Genaues weiß man nicht!

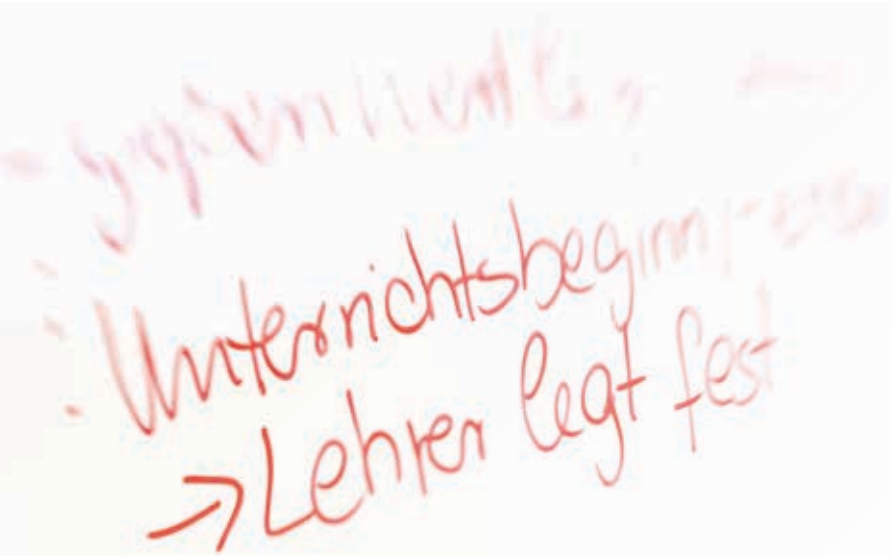
Es ist schon gang und gäbe, immer, wenn die Regierung Geld in die Hand nehmen soll, sie die Schuldenbremse wie eine Monstranz vor sich herträgt – und schon verstummen alle Kritiker. Auch vor den Gewerkschaftsvertretern wurde Dreyer nicht müde, die Absicht der Landesregierung, die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse einzuhalten und das strukturelle Defizit bis 2020 auf Null zu führen, zu betonen. Viele Menschen in Deutschland hätten, so Dreyer, die Zwänge, unter die die Schuldenbremse Bund und Länder setzt, noch nicht verstanden – und an dieser Stelle hört es sich doch ein wenig so an, als glaube die Landesmutter, auch Beamtinnen und Beamte hätten hier Erklärungsbedarf.

Der Regierung ist längst bewusst, dass sie den Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht verlieren kann. Sie hat sich auf ein Floß begeben, auf dem sie jetzt ohne Paddel auf einen Wasserfall zutreibt. Da kann es nicht weiter verwundern, wenn im Moment jedes Mittel recht ist, um zurückzurudern.

Schon für eine minimal über einem Prozent angesiedelte Besoldungserhöhung müsste die Landesregierung schließlich das „Erste Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung“ zumindest in Teilen (Artikel 4 und 5) kassieren, um nicht gesetzeswidrig zu handeln.

Wenn also Carsten Kühl betont: „Wir können die Beamtinnen und Beamten angemessen alimentieren und das Verfassungsgebot der Schuldenbremse einhalten“, dann muss man jetzt von ihm verlangen, endlich damit anzufangen! Schließlich ist eine angemessene Alimentierung ebenso verfassungsrechtlich geboten wie die Einhaltung der Schuldenbremse! Eine angemessene Alimentierung wird auch das Versprechen der Landesmutter, zu einem vernünftigen Abschluss (der eben nicht nur symbolisch sein darf!) zu kommen, widerspiegeln müssen! Und daran werden die Landesbeamtinnen und Landesbeamten diese Regierung messen! Versprochen!

■ *Frank Handstein*
f.handstein@vbe-rp.de



„Aller Anfang ist (nicht) schwer!“ (Teil 10)

Kleiner Leitfaden für neu gewählte Personalratsmitglieder

Nachdem die Personalratswahlen ihren Abschluss gefunden haben, gibt es – vor allem für neu gewählte Personalräte – viele Fragen, was so alles auf sie zukommt und wie die künftige Personalratsarbeit funktioniert. Im Folgenden sollen nun in loser Reihenfolge wichtige Begriffe aus dem Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG), das ja die gesetzliche Grundlage bildet, erläutert werden. Die Redaktion würde sich freuen, wenn dies auf Interesse stößt; noch offene Fragen werden gerne nach Möglichkeit beantwortet.

Rollenverständnis: Örtlicher Personalrat und Schulleitung stehen sich als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe gegenüber. Gleichzeitig sind die Personalräte auch Lehrkräfte der Schule. Dies kann manchmal problematisch werden.

Die Schulleitung hat als Vorgesetzte der an der Schule tätigen Lehrkräfte ihnen gegenüber Weisungsrecht im Rahmen ihrer Zuständigkeit, wie es in der Dienstordnung Nr. 2.6 heißt. Sie kann also nur den Lehrkräften Weisungen erteilen, nicht dem ÖPR (siehe auch § 39 Abs. 1).

Der ÖPR begleitet aufgrund der Bestimmungen des LPersVG alle Entscheidungen der Schulleitung, welche die Beschäftigten und ihre Arbeitsbedingungen betreffen. In der Gesamtkonferenz, die über die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule beschließt, hat er nur als Lehrkraft Stimmrecht.

Stufenvertretungen: In seinen Entscheidungen ist der ÖPR nur dem LPersVG verpflichtet. Braucht er Unterstützung, kann er die Stufenvertretungen (BPR und/oder HPR) ansprechen, um sich informieren bzw. beraten zu lassen oder um deren Unterstützung zur Klärung von problematischen Fällen in Anspruch zu nehmen.

BPR und HPR haben keine Vorgesetztenfunktion gegenüber dem ÖPR inne, analog ÖPR – Kollegium. Deshalb kann auch jede Lehrkraft selbst entscheiden, ob sie sich bei Schwierigkeiten an den ÖPR oder an eine Stufenvertretung wendet.

Dienstweg: Grundsätzlich aber sollte sich jede Lehrkraft bei auftauchenden Problemen zunächst an den ÖPR wenden, um vor Ort die Schwierigkeiten zu besprechen und aus dem Weg zu räumen. Sollte es aber Gründe geben, den ÖPR nicht einzuschalten, entsteht kein Regelverstoß oder gar die Nichteinhaltung eines vermeintlichen Dienstwegs, wenn direkt eine Stufenvertretung eingeschaltet wird. Die Arbeit einer Personalvertretung kennt keinen Dienstweg.

Zusammenarbeit mit Kollegium: Um einem Missverständnis vorzubeugen: Der ÖPR arbeitet zwar vertrauensvoll mit der Schulleitung zusammen, ist aber nicht ihr verlängerter Arm. Es wäre fatal, wenn der Eindruck entsteht, dass der ÖPR vorgeschickt wird, um für die Interessen der Schulleitung den Weg zu bahnen.

Der ÖPR ist die gewählte Interessenvertretung der Lehrkräfte. Wenn sich widerstrebende Interessen zwischen Kollegium oder Teilen des Kollegiums und der Schulleitung ergeben, ist es seine Aufgabe, mit Fingerspitzengefühl zu versuchen, diese möglichst in Einklang zu bringen. Dazu führt er Gespräche mit den Beteiligten, um im Sinne einer vertrauensvollen Zusammenarbeit Wege der Einigung und Annäherung zu finden. Wenn er erkennt, dass sich Probleme vor Ort nicht lösen lassen, sollte er sich frühzeitig um Hilfe bemühen, z. B. bei den Stufenvertretungen.

Keinesfalls sollte der ÖPR eine sog. Personalkasse oder „Freud- und Leidkasse“ führen. Von einer solchen Aufgabe steht nichts im LPersVG. So wichtig dies auch für das Klima an einer Schule sein sollte, die Freistellung des ÖPR dient dazu, einen Ausgleich für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem LPersVG zu schaffen, denn dies ist eine dienstliche Tätigkeit.

■ *Zusammengestellt von Johannes Müller*

Organisation des Privatlebens:

Es gibt nicht nur Schule!

Immer wieder montags stellt sich im Gespräch mit meiner Kollegin heraus, dass das Wochenende mal wieder überwiegend am Schreibtisch verbracht wurde. Vorbereiten, nachbereiten, evaluieren, dokumentieren, strukturieren, individualisieren etc. Ja, wir wissen alle, dass die Aufgaben der Lehrer/-innen immer umfänglicher werden und zu der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen und dem Unterricht in der Schule immer mehr Sekundärarbeiten hinzukommen.

Wir möchten alle Lehrer/-innen mit vollem Einsatz und Engagement sein, die den Beruf als Berufung verstehen. Die Liebe zu den Schülern beflügelt uns zu erstaunlichen Leistungen und lässt uns auch Samstage und Sonntage am Schreibtisch verkraften und uns nach einer 7-Tage-Arbeitswoche montags wieder motiviert im Klassenzimmer stehen.

Aber reicht diese Kraft ein ganzes Lehrer/-innenleben? Schule als Lebensinhalt?!

Dieser Frage hat auch Holger Mittelstädt in seinem Buch „Basics für Junglehrer“ ein Kapitel gewidmet. Unter dem Abschnitt „Die eigene Organisation“ stellt er ein paar Ideen für die Organisation des Privatlebens zusammen. Mittelstädt betont, dass man nur dann ein „guter und erfolgreicher und damit glücklicher Lehrer sein kann, wenn es neben der Schule auch noch ein Privatleben gibt.“

Neben der strukturierten und sinnvollen Planung schulischer Aufgaben, Termine und Verpflichtungen sollte man sich ganz bewusst vornehmen, auch für folgende Lebensbereiche Zeit einzuplanen. Mittelstädt führt an:

✓ Partner/-in

Planen Sie einen regelmäßigen festen Abend in der Woche als Termin in Ihren Kalender ein. Verschieben Sie diesen Termin nie!

✓ Kinder

Wenn Sie Kinder haben, wissen Sie, wie wichtig es ist, Zeit miteinander zu verbringen. Zu den elementaren Erlebnissen, die Kinder brauchen, gehört: eine Nacht unter freiem Himmel, ein Abend am Lagerfeuer, einmal so einen richtigen Guss Regen abbekommen!

✓ Freunde

Ich hoffe, Sie haben nicht nur Lehrer als Freunde! Dann sprechen Sie bei jedem Treffen über die Schule. Andere Freunde sind manchmal leichter zu ertragen. Gemeinsame Zeit mit Nicht-Lehrer-Freunden kann einem den Horizont erheblich erweitern!

✓ Hobbys

Treiben Sie Sport, und wenn Sie nur regelmäßig zweimal in der Woche laufen gehen, aber machen Sie etwas! Das erhöht nicht nur die Lebenserwartung um 2,3 Jahre, man bekommt den Kopf frei, kommt aus den eigenen vier Wänden und hat die Chance, einmal über andere Sachen nachzudenken.

✓ Das eigene seelische Wohlbefinden (religiös/spirituell)

Glauben Sie an Gott? Wie dem auch sei, vernachlässigen Sie Ihr seelisches Wohlbefinden nicht! Versuchen Sie, für sich selber herauszufinden, was Ihnen guttut, wo Sie sich heimisch fühlen und was Ihnen Kraft gibt. Räumen Sie sich dafür einen großen Freiraum ein. Die Kraft, die Sie gewinnen werden, hilft Ihnen, die Tage, an denen Sie viel Arbeit und Stress haben, durchzustehen.

✓ Und ...

... gehen Sie mal wieder so richtig nett aus! Lassen Sie es krachen! Sie haben es sich verdient!

Also, los geht’s! Was ist das nächste private Highlight, auf das Sie sich freuen?! Dann gibt es endlich montags im Lehrerzimmer mal wieder etwas Neues und Erfrischendes zu erzählen!

PS: Der VBE bietet bei der Planung von Berufs- und Privatleben mit dem Schuljahresplaner im DIN-A4-Format eine perfekte Unterstützung, um alle Termine im Blick zu behalten!

■ *Nicole Saueressig*
stellv. Landessprecherin der AdJ
n.saueressig@t-online.de

Quelle und Tipp:

Holger Mittelstädt (2006):

Basics für Junglehrer

■ **Der optimale Einstieg in den Arbeitsplatz Schule**

Mülheim an der Ruhr

Quelle: Staatskanzlei Rheinland/Pfalz

Bürgerengagement in der Kommune:

„Ich bin dabei!“

Eine Initiative von Ministerpräsidentin Malu Dreyer

Mit der Initiative „Ich bin dabei!“, will Ministerpräsidentin Malu Dreyer das bürgerschaftliche Engagement weiter stärken und dabei aktiv auf Bürgerinnen und Bürger zugehen. Bernhard Nacke, Bürgerbeauftragter für ehrenamtliches Engagement, soll vor allem ältere Menschen direkt vor Ort motivieren, sich zu engagieren. „ Der demografische Wandel stellt uns vor grundlegende Herausforderungen, denen wir mit einer lebendigen sozialen Kultur begegnen wollen. Dazu gehören die Sorge um den Nachbarn, die Pflege von Gemeinschaft und die Freude, etwas für sie tun zu können“, sagt die Ministerpräsidentin.

Weitere Informationen zur Initiative wie zum Beauftragten der Ministerpräsidentin erhalten Sie unter www.rlp.de/ministerpraesidentin/staatskanzlei/beauftragter-ehrenamt/.

Die Internetseite www.wir-tun-was.de bietet hierfür umfassende Informationen, wie z. B. eine interaktive Rheinland-Pfalz-Karte mit lokalen Ehrenamtsbörsen.

Wir tun ‘was.
Die Initiative des Landes Rheinland-Pfalz für Ehrenamt und Bürgerbeteiligung
www.wir-tun-was.de

Mehrgenerationenhäuser

Für nachhaltigen Zusammenhalt in der Gesellschaft

Anfang 2012 startete an bundesweit 450 Standorten das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II des Bundesfamilienministeriums. Mehrgenerationenhäuser fördern gezielt das generationenübergreifende Miteinander. Deutschlandweit gibt es in nahezu jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt ein Mehrgenerationenhaus.

Die Häuser fördern ein positives Altersbild in der Gesellschaft und helfen Tabuisierungen und Berührungsängste, zum Beispiel beim Umgang mit demenziell erkrankten Menschen, abzubauen. Mehrgenerationenhäuser gehen verbindliche und langfristige Partnerschaften mit anderen Akteuren ein, wie Verbänden, Kultur- und Bildungseinrichtungen oder lokalen Wirtschaftsunternehmen. Alle Mehrgenerationenhäuser sind zudem anerkannte Einsatzstellen für den Bundesfreiwilligendienst. Zentral für alle 450 teilnehmenden Mehrgenerationenhäuser ist der „Offene Treff“ – die erste Anlaufstelle und der Ort der Begegnung für alle Generationen.

Jedes der 450 Häuser im Aktionsprogramm erhielt über einen Zeitraum von drei Jahren (2012–2014) einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 40.000 Euro. Davon wurden 30.000 Euro aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums und des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. 10.000 Euro wurden von der jeweiligen Standortkommune beziehungsweise vom Land oder Landkreis übernommen.

Die Schwerpunkte des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser II

Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II baut inhaltlich mit folgenden Schwerpunkten auf dem ersten Aktionsprogramm auf:

Alter und Pflege

Für die Generation der jüngeren Alten und der Menschen im Übergang zwischen Beruf und Ruhestand bieten die Mehrgenerationenhäuser viele kreative Angebote und schaffen Raum für freiwilliges Engagement. Mit vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsleistungen ermöglichen die Mehrgenerationenhäuser aber auch vielen Älteren, länger selbstständig und selbstbestimmt im eigenen, gewohnten Umfeld zu leben. Die Häuser kooperieren dabei u. a. eng mit Pflegeberatungsstellen und Pflegestützpunkten. Eine weitere Zielgruppe der Mehrgenerationenhäuser sind demenziell erkrankte Menschen und deren betreuende Angehörige.

Integration und Bildung

Bildung ist ein zentraler Schlüssel für die gesellschaftliche Teilhabe. Alle Mehrgenerationenhäuser bieten deshalb Betreuungs- und Unterstützungsangebote u. a. für Kinder- und Jugendliche an. Für Menschen mit Migrationshintergrund gibt es spezielle und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Aktivitäten. Dazu gehören sowohl Sprachkurse und Beratungsangebote als auch Hilfe und Unterstützung bei Behördengängen oder Fragen des täglichen Lebens. Menschen mit Migrationshintergrund bringen dabei eigene Ideen ein und bereichern mit neuen Impulsen das Angebotsspektrum der Häuser.

Gemeinsames Lernen und gegenseitiger Austausch bereichern Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und motivieren so zu gesellschaftlicher Teilhabe.

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend www.bmfsfj.de

www.mehrgenerationenhaeuser.de

VBE Verband Bildung und Erziehung Landesverband Rheinland-Pfalz

www.recht-fuer-lehrer.de
Rechtsfälle aus dem Berufsleben

Ländertausch

Die Frage bzw. das Problem:
Ich bin zz. im Mutterschutz und bekomme im Januar mein erstes Kind. Da ich ca. 45 Minuten Anfahrtsweg zu meiner jetzigen Schule habe, ist fraglich, ob ich nach der Elternzeit dorthin zurückkehren soll. Dies und langfristig eine Differenz zwischen den Schulferien würden mich vor organisatorische Probleme stellen. Ich habe daher folgende Fragen:

1. Wie läuft so ein Ländertausch ab?
   - Wo stelle ich den Antrag?
   - Wann und wie oft im Jahr kann ich diesen stellen?
   - Muss ich ihn bei Ablehnung immer wieder neu stellen oder bleibt er bestehen, bis er bewilligt wird?
   - Was hat es mit den sogenannten Tauschbörsen auf sich?
2. Ist eine Versetzung während der Elternzeit überhaupt möglich?
3. Kann man sagen, wie lange das Verfahren bis zur Versetzung im Durchschnitt dauert?
4. Welche Kriterien sind relevant? Wovon hängt die Bewilligung ab?
5. Muss ich in NRW mit einer Mindestanzahl von 14 Lehrerwochenstunden einsteigen?
6. Kann ich beim neuen Schulamt Einfluss auf die Einsatzschule nehmen (evtl. Kontakt zu Siegener Schulen aufnehmen, die mich dann vielleicht gezielt anfordern)?
7. Welche Ansprechpartner sollte ich in NRW kontaktieren, um diesbezüglich weitere Informationen im gewünschten Bundesland zu erhalten (Bezirksregierung Arnsberg, Schulamt Siegen, VBE NRW oder BPR NRW)?
   - Haben Sie Kontakte zum VBE in NRW und können mir dort einen Ansprechpartner nennen?

Darüber hinaus interessiert mich noch ein Aspekt, der meine Elternzeit betrifft. Vielleicht können Sie mir diesbezüglich ebenfalls weiterhelfen.

Ist es sinnvoll, zunächst 3 Jahre Elternzeit bei der ADD anzugeben, auch wenn man dann früher zurückkehrt? Oder soll ich den gewünschten Zeitraum angeben? Kann ich dann bei Bedarf noch verlängern?

Die Antwort:

1. Ländertausch gibt es in RLP immer zum 01.08. Den entsprechenden Antrag können Sie sich auf der Homepage der ADD (http://www.add.rlp.de/) herunterladen. Dort

Kostenfrei für VBE-Mitglieder

Alles, was Recht ist ...

... das VBE-Rechtsberatungsangebot:
direkt, kompetent, umfassend!
Der VBE Rheinland-Pfalz bietet seinen Mitgliedern ein umfassendes Berufs- und Rechtsberatungsangebot. Schwerpunkte sind u. a.:

- Verwaltungs- und Dienstrecht
- Beamten- und Tarifrecht
- Schul- und Personalvertretungsrecht
- Beihilferecht / Altersteilzeit / Pensionsberechnung

Der schnellste Weg zur VBE-Rechtsberatung führt
über die spezielle VBE-Website
www.recht-fuer-lehrer.de
per E-Mail an recht@vbe-rp.de
oder telefonisch über die VBE-Landesgeschäftsstelle (0 61 31 / 61 64 22).
Feste Telefonberatungszeiten:
dienstags und donnerstags 16:00 – 18:00 Uhr

Direkte Telefondurchwahl
0 61 31 / 36 60 35

Mehr Infos unter

Rechtsfrage des Monats

Wenn die Schule aufgrund schlechter Witterung (z. B. Hochwasser, Schnee) zwar nicht geschlossen ist, also Unterricht stattfindet, die Schule aber für viele Schüler und Teile des Kollegiums nicht erreichbar ist, was gilt dann für die Lehrkräfte bezüglich der nicht erteilten Unterrichtsstunden?

a. Es handelt sich bei extremen Wettersituationen um höhere Gewalt. Hierdurch darf betroffenen Lehrkräften kein finanzieller Nachteil entstehen, sodass sie dann ungeachtet eines Unterrichtsausfalls voll vergütet werden.
b. Es liegt in der Verantwortung der Lehrkräfte, die Schule zu erreichen. Gelingt dies nicht, sind sie zur Nacharbeit verpflichtet, oder aber die Bezüge werden entsprechend der ausgefallenen Stunden gekürzt.
c. Für verbeamtete Lehrkräfte gilt Antwort a), für Angestellte Antwort b)!

Die Antwort finden Sie auf Seite 25!

finden Sie auch wertvolle Hinweise. Den Antrag leiten Sie dann auf dem Dienstweg (über Ihre(n) Schuleiter/-in) an die ADD weiter. Die Antragsfrist (Vorlage beim Schulleiter) ist jeweils der 01.02. eines Jahres. Die ADD entscheidet dann mit der Mitbestimmung des Bezirkspersonalrates, ob Sie freigegeben werden. Sind Sie freigegeben, nimmt das Land dann Ihre Daten mit zur in der Regel im März/April stattfindenden Tauschverhandlung aller 16 Bundesländer. Dort werden Sie dann vom Land RLP etwa dem Land NRW angeboten. Es liegt dann alleine in der Hand von NRW, ob das Land Sie nimmt oder nicht. RLP hat darauf wenig Einfluss.

Leider gibt es eine mögliche Hürde: Sie müssen sich vor der Übernahme in das Beamtenverhältnis in NRW einer erneuten Gesundheitsüberprüfung unterziehen. Sollte NRW dann Bedenken wegen Ihrer gesundheitlichen Eignung haben, werden Sie zwar übernommen, aber „nur“ als Tarifbeschäftigte. Nach der Föderalismusreform wechseln Sie komplett den Arbeitgeber. Sie werden dann formell als Beamtin der Landes RLP entlassen und bei gesundheitlicher Eignung als Landesbeamtin NRW neu eingestellt. Aber keine Angst, der „Negativfall“ kommt sehr selten vor.

2. Grundsätzlich ist auch eine Versetzung in der Elternzeit möglich. Es wird jedoch selten gemacht, weil das aufnehmende Bundesland ja nur bei echtem Bedarf zum 01.08. übernimmt. Es muss ja in der Regel eine Stelle besetzt werden.

3. Es gibt keine verlässliche Voraussagezeit. Beim letzten Durchgang hat NRW relativ viele Kolleginnen und Kollegen aus RLP übernommen, weil offensichtlich in den angegebenen Zielgebieten in NRW Bedarf war.

4. Wir haben mit dem Land RLP die Vereinbarung getroffen, dass spätestens nach der 2. Nichtfreigabe eine Freigabe erfolgen muss. Diese Freigaberegelung gilt immer noch. Zu den Aufnahmebedingungen in Nehmerland können wir logischerweise (weil nicht zuständig) keine Vereinbarungen treffen. Es hängt entscheidend davon ab, wo und mit welcher Stundenzahl und mit welcher Fächerkombination Sie sich „bewerben“.

5. Eine generelle Mindeststundenzahl kann ich nicht bestätigen, wobei im GS-Bereich logischerweise in der Regel Klassenlehrerprinzip mit relativ hohem Stundenbedarf praktiziert wird.

6. Sollten Sie von RLP freigegeben sein, ist dies dringend anzuraten, möglicherweise schon vor der Antragstellung, da Sie ja ein Zielgebiet in NRW angeben müssen. Sollte dann etwa eine GS aus Siegen Sie bei der zuständigen Bezirksregierung in Arnsberg anfordern, kann dies für die Tauschverhandlungen positiv sein, wenn NRW Sie übernehmen will.

7. Es ist anzuraten, sich auch mit dem VBE NRW in Verbindung zu setzen. Die Vorsitzende des BPR GS in Arnsberg, Frau Mölders, ist VBE-Mitglied.

Ihre nach dem Mutterschaftsurlaub zu beantragende Elternzeit sollten Sie realistisch bemessen. Sie können jederzeit unter Fristwahrung (3 Monate vor Ablauf der Elternzeit) einen Antrag auf Verlängerung stellen (bis zu zweimal). Die Elternzeit ist jedoch definitiv mit der Vollendung des 3. Lebensjahres des Kindes beendet. Man kann also in RLP zurzeit nicht, wie etwa bei Tarifbeschäftigten oder in anderen Bundesländern möglich, die Elternzeit über das 3. Lebensjahr des Kindes hinaus „schieben“.

§ Vertretungsverträge

Die Frage bzw. das Problem:
Ich bin ÖPR an einer Grundschule und möchte mich im Namen eines neuen Kollegen bei Ihnen danach erkundigen, ob Vertretungsverträge, die vor den Sommerferien enden, rechtens sind.

Der Kollege, dessen Vertretungsvertrag bis zum 25.07.2014 läuft, also vor den Sommerferien endet, arbeitet seit diesem Halbjahr an unserer Schule.

Gibt es eine Möglichkeit, ein Beschäftigungsverhältnis über die Sommerferien hinaus zu erwirken?

Die Antwort:
Leider gibt es keinen Rechtsanspruch für einen über die Ferien hinausgehenden Vertrag. Wenn der Kollege schon seit Schuljahresbeginn einen Vertrag hat, ist in aller Regel sein Urlaubsanspruch durch die Herbst-, Weihnachts- und Osterferien und die 4 beweglichen Ferientage abgegolten.

Wir haben jedoch im GS-Bereich mit der ADD vereinbart, dass die Verträge auch über die Sommerferien hinaus verlängert werden, wenn auch im neuen Schuljahr Bedarf ist. Eine Verlängerung des Vertrages ist durchaus noch möglich bis kurz vor Ferienbeginn. Der Kollege sollte sich bei der zuständigen Schulaufsicht nach dem Bedarf erkundigen und sich auf jeden Fall 3 Monate vor Beendigung des Vertrages bei der Agentur für Arbeit Arbeit suchend melden, damit er finanziell abgesichert ist.

Sie können sich dann gerne noch einmal an uns wenden. Wir können über den zuständigen BPR bei der ADD nachfragen lassen.

■ *Zusammengestellt und bearbeitet von den Mitgliedern des VBE-Netzwerks Rechtsberatung*

Boris Wroblewski – Unser Mann für Schulsozialarbeit

Boris Wroblewski

„Wahr sind die Erinnerungen, die wir mit uns tragen; die Träume, die wir spinnen, und die Sehnsüchte, die uns treiben. Damit wollen wir uns bescheiden.“ Ein Zitat aus dem Film „Die Feuerzangenbowle“.

„Was aber, wenn die Erinnerungen, die Sehnsüchte und Träume für viele Jugendliche heute nicht mehr wahr sind?“

Boris Wroblewski wurde 1971 im Ruhrgebiet geboren. Dort, in den Niederlanden und in den USA hat er verschiedene Schulen und Schulsysteme besucht und kennengelernt, bedingt durch die häufigen Auslandstätigkeiten seines Vaters. Nach dem Abitur 1992 studierte er Rechtswissenschaften und Lehramt für Realschule in Bielefeld, Gießen und Trier. Im Rahmen seines Jurastudiums mit Wahlfach Jugendstrafrecht absolvierte er Praktika am Jugendstrafgericht. Dort gelangte er zu der Erkenntnis, dass Jugendliche nicht im Rahmen eines Strafprozesses erreicht werden können, sondern nur viel früher.

Der Wunsch, Lehrer zu werden, reifte an der Valdocco-Schule Helenenberg im Rahmen seiner Nebentätigkeit als PES-Kraft. Hier lernte er präventive und begleitende Sozialarbeit als Mittel der Stabilisierung der Persönlichkeit von gefährdeten Jugendlichen kennen. Während des Lehramtsstudiums für Realschule in Trier hatte er die Gelegenheit, in mehreren Förderschulen im Raum Trier zu arbeiten. Obwohl er sich bewusst für die Realschule entschieden hat, schätzt er die Arbeits- und Herangehensweise einer Förderschule, die in einer sich zunehmend verändernden Schullandschaft auch für Regelschulen wichtiger werden wird.

Nach dem Studium absolvierte er sein Referendariat in Hessen, um mit seiner heutigen Ehefrau 2 Jahre zusammenleben zu können. Seine Einsatzschule war eine IGS im Landkreis Marburg-Biedenkopf. An dieser erlebte er, dass Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichem Hintergrund gleichzeitig unterrichtet werden können. Auch das Studienseminar kannte keinen Unterschied zwischen Grund-, Haupt-, Real- und Förderschullehrern, da alle zusammen im Seminar geschult wurden. Eine für ihn zukunftsweisende Erfahrung.

Hier durfte er auch als Studienseminarratsvorsitzender erste Personalvertretungsluft schnuppern. Für die Belange der Referendare einzutreten und die zukünftige Ausbildung für Referendare mitzugestalten, erfüllte ihn mit großer Freude.

Zugute kam ihm dabei seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit. Über Sportvereine, den CVJM, Studentenvereine, den Sozialverband Deutschland und schließlich den VBE kam er immer wieder mit neuen Menschen in Kontakt und in den Austausch von Gedanken und Meinungen.

Zum VBE kam er vor einem knappen Jahrzehnt, noch als Student über den damaligen Kreisvorsitzenden von Trier, Mike Venz. Hier durfte er auch gleich als AdJ-Vertreter im KV Trier mitarbeiten. Heute ist er als Kreisvorsitzender von Trier-Saarburg, Mitglied der Strukturkommission, Mitglied des Rechtsnetzwerks und als Referent für Schulsozialarbeit für den VBE tätig. Aus den kennengelernten und eigenen Erfahrungen kam er zu dem Schluss, dass vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Wandlungsprozesse die Schulen sozialpädagogische Fragen ernstnehmen. Der Schulsozialarbeit muss ein fester Platz in unseren Schulen eingeräumt werden.

In Pflichtschulen ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Problemen in den vergangenen Jahren außerordentlich gewachsen. Lehrerinnen und Lehrer können aber keine Familienhilfe ersetzen. Vielmehr hat die Schule die schwierige Aufgabe, die Gesamtpersönlichkeit der Schülerinnen und Schüler gegen gesellschaftliche Negativ-Einflüsse zu festigen. Schulsozialarbeit kann helfen, Schülerinnen und Schüler schulisch und gesellschaftlich einzugliedern. Ständiger Austausch, fachübergreifende Netzwerke und gegenseitiger Respekt sind die Voraussetzungen für Schulsozialarbeit. Deswegen unterstützt Boris Wroblewski folgende Forderungen:

- Schulsozialarbeit muss als eigenständiges Berufsfeld anerkannt und beschrieben werden.
- Aufgabe der Schulsozialarbeit soll es sein, die sozialpädagogische Lebenshilfe zu leisten und ständigen Kontakt zu Polizei, Jugendhilfe, Gerichten und Kirchen zu halten, da dies nicht Aufgabe von Lehrerinnen und Lehrern neben dem Unterricht sein kann.
- Voraussetzung dafür muss sein, dass Hochschulen innerhalb des Studiums Sozialpädagogik den Schwerpunkt Schulsozialarbeit einrichten.
- Weiter Voraussetzung muss es sein, dass die Landesregierung Planstellen für Schulsozialarbeit bereithält.

Denn nur so kann gute Schule wahr werden.

Als Kreisvorsitzender von Trier-Saarburg möchte er jeden Studierenden und jede junge Lehrkraft einladen, im Kreisverband mitzuarbeiten. Insbesondere in den Bereichen Medienkommunikation (Facebook), studentische Hochschulgruppe Trier und allgemeine Vorstandsarbeit möchten wir uns vergrößern.

■ *RED*

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Newsletter

www.vbe.de | presse@vbe.de

Weltfrauenkongress in Dublin

Ute Foit (links) und Gitta Franke-Zöllmer für den VBE in Dublin

400 Gewerkschafterinnen aus allen Kontinenten waren zum 2. Weltfrauenkongress der Education International (EI) vom 7. bis 9. April in Dublin zusammengekommen, um über die Stellung der Frauen im Bildungsbereich und in den Gewerkschaften zu beraten. Trotz der national und regional unterschiedlichen Schwerpunkte der Bemühungen um Gleichstellung wurde deutlich, es könne keine Emanzipation – für Männer oder Frauen – geben, wenn die eine Hälfte der Menschheit in Kindheit und Erwachsenenalter im Hinblick auf Bildung, Ansehen und ökonomische Bedingungen diskriminiert werde. Deshalb müsse Gleichstellung das gemeinsame Anliegen von Männern und Frauen sein. Noch seien Geschlechterrollen in unseren Gesellschaften tief eingebettet. Lehrkräfte haben die Aufgabe Gleichstellung zu fördern, lautete die Botschaft des Kongresses, weshalb diese Aufgabe schon Bestandteil der Lehrerausbildung sei und in Fortbildungen immer wieder aufgegriffen werden muss. Entsprechend sind die Unterrichtsmaterialien umzuarbeiten und das Lernumfeld unter Gendergesichtspunkten zu gestalten. Die Diskussion in Dublin bestätigte: Trotz hervorragender Leistungen in Schule, Ausbildung und Studium würden Frauen immer noch an die „gläserne Decke“ stoßen. In Entscheidungspositionen seien sie unterrepräsentiert und erhielten für gleiche Leistung weniger Entgelt. Kindererziehung und Pflege der Angehörigen liege hauptsächlich auf ihren Schultern. Dabei würden Studien ergeben, dass bei einer Erhöhung des Frauenanteils in Bereichen, die bis dahin männerdominiert waren, die Männer kreativer wurden.

Mary Hatwood Futrell, erste Präsidentin der EI, verwies auf eine UNESCO-Studie, wonach sich bereits durch die Grundbildung die Teilhabe einer Frau an Politik und Gesellschaft deutlich erhöhe. Die stellvertretende EI-Generalsekretärin Haldis Holst forderte die Kongressteilnehmerinnen auf, besonders junge Lehrerinnen und Gewerkschafterinnen durch Mentoring und Networking zu befähigen, an der Aufgabe der Gleichstellung weiterzuarbeiten. Der VBE war in Dublin durch die stellvertretende Bundesvorsitzende für Internationales Gitta Franke-Zöllmer und Ute Foit, Mitglied des Gleichstellungsausschusses der ETUCE, vertreten.

Gespräch im Bundestag

VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann traf sich am 11. April 2014 in Berlin mit MdB Dr. Rosemarie Hein, schulpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke.
Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches standen das Kooperationsverbot von Bund und Ländern für den Bildungsbereich sowie die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen EU–USA. Udo Beckmann betonte, eine Kooperation von Bund und Ländern sei aus Sicht des VBE zur Fortführung des Ganztagsausbaus und der Umsetzung der Inklusion nötig. Die Länder würden das nicht allein stemmen können. Mit Blick auf das geplante Freihandelsabkommen sagte Udo Beckmann, der VBE sei besorgt, dass der öffentliche Dienst und damit auch die Bildung Gegenstand der Verhandlungen seien. Der VBE wolle für TTIP sensibilisieren und die Politik aufmerksam machen, den Bereich Bildung grundsätzlich auszuschließen.

Das Problem sei derzeit wenig im Blick.

Verbot von Social Media für Lehrer keine Lösung

An aktuellen Überlegungen einzelner Bundesländer, Lehrpersonen für Social Media ein Verbot auszusprechen, übte der erste stellvertretende VBE-Bundesvorsitzende Rolf Busch erneut Kritik. Soziale Netzwerke seien Realität, stellte Rolf Busch in einem Rundfunkinterview klar. Versuche von Kultusbehörden, das Thema für Schulen zu tabuisieren, seien weltfremd. Vielmehr sei es notwendig, dass die Kultusbehörden die Lehrpersonen kompetent informieren und auch schützen, wenn sie solche Medien nutzen und ihre Schüler besser erreichen wollen. Es brauche klare Regelungen, die die Medienwirklichkeit anerkennen und den Lehrpersonen im medienpädagogischen Raum Sicherheit gäben. Der VBE hat gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen in Österreich und der Schweiz, GÖD und LCH, einen Leitfaden Social Media für Lehrpersonen und Schulleitungen entwickelt, um Unterstützung zu geben, die von Kultusseite bisher ausblieb.

www.social-media-lehrperson.info

Region Trier:

Schulsystem im Wandel – veränderte Förderschulen? Möglichkeiten – Chancen – Probleme – Grenzen

Termin:	**25. Juni 2014, 16.00 bis 18.00 Uhr**
Ort:	**Hotel Lindenhof in Wittlich, Am Mundenwald 5, 54516 Wittlich**
Referentin:	**Sabine Drechsler (AdJ-Landesprecherin), Tammo Scherr (Referent für Förderpädagogik, Alexander Stepp (stellvertretender Landesvorsitzender/Region Trier)**
Anmeldung:	**bis zum 23.06. bei Rosemarie Manstein, Tel.: 06571/6065, rg.manstein@t-online.de**

Im Zuge der Inklusion unterzieht sich auch das System Förderschule einem Wandel.
Wir möchten Sie an diesem Nachmittag einladen, die Herausforderungen der „Förderschulen im Wandel“ und der veränderten Schülerschaft mit uns zu diskutieren. Vorab wird es Informationen zu aktuellen bildungspolitischen Bewegungen in diesem Bereich geben.
Alle Kolleginnen und Kollegen sind recht herzlich eingeladen.

Mittwoch
25.06.2014
16–18 Uhr

Region Rheinhessen-Pfalz:

Wegen Ausfall der ursprünglich geplanten Veranstaltung neuer Termin!

Regionale VBE-Fachtagung

Motiviert, wirksam, gut drauf!

– Positive Psychologie in der Schule –

Ort:	**Grundschule Ernst-Reuter-Schule Haßloch Martin-Luther-Str. 25 67454 Haßloch**
Termin:	**Montag, 16. Juni 2014, 15.00 Uhr**
Anmeldung:	**Anmeldung und weitere Informationen über die VBE-Landesgeschäftsstelle**

Programm:

15.00 Uhr	**Eröffnung und Begrüßung Sabine Mages, stellvertretende VBE-Landesvorsitzende Positive Psychologie in der Schule – Fachreferat – Prof. Dr. Michaela Brohm, Universität Trier**
16.30 Uhr	**Pause**
17.00 Uhr	**Workshop zum Referat Prof. Dr. Michaela Brohm, Universität Trier**
18.00 Uhr	**Ende der Veranstaltung**

Montag
16.06.2014
15.00 Uhr

Prof. Dr. Michaela Brohm ist Professorin für Empirische Lehr-Lern-Forschung und Didaktik im Fach Bildungswissenschaften sowie Prodekanin an der Universität Trier. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Motivation, Lernen und Positive Psychologie. Sie verfügt über langjährige Erfahrung als Lehrerin und ist Leiterin der Fachgruppe „Positive Psychologie in Schule und Hochschule“ des deutschsprachigen Dachverbands Positive Psychologie (Deutschland, Österreich, Schweiz).
In enger Verzahnung von Input und Praxis lernen Sie in diesem Workshop die Grundlagen der Leistungsmotivationsforschung kennen und können diese sofort in (wissenschaftlich gesicherten) Übungen ausprobieren. Die Übungen können Sie im Berufsalltag mit Ihren Lernenden zur Motivationssteigerung einsetzen.
Inhalte: Lernleistung steigern, Wohlbefinden stärken! Kognitiv und emotional aufblühen, aufschießende Wirksamkeitsspiralen. Frau Prof. Dr. Michaela Brohm verspricht uns einen schwungvollen Workshop.

Die Veranstaltung wird vom Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz als dienstlichen Interessen dienend anerkannt (Aktenzeichen wird auf der VBE-Website bekannt gegeben).

Alle Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen.

Kreisverband Ludwigshafen-Frankenthal

Myanmar: Aktiv durch das goldene Land

Am 9. April 2014 trafen sich Mitglieder des KV Ludwigshafen-Frankenthal in Bad Dürkheim. Bei herrlichem Frühlingswetter besuchten wir die Saline und fühlten uns beim Gang durch den Kurpark wie in der Toskana. Nach dem Spaziergang tranken wir im Kurrestaurant gemütlich Kaffee. Zum Abschluss kehrten wir – passend zur Stimmung – beim Italiener ein

Im April luden Herr und Frau Endres ein zu einer Dia-Show ins Land Myanmar, auch bekannt als Burma oder Birma. Myanmar wird als Weltzentrum des Buddhismus bezeichnet, der das Land sehr tief prägt. Trotz englischer Besetzung, trotz christlicher Missionierungsversuche und trotz der heutigen Militärregierung ist im ganzen Land eine spirituelle Atmosphäre anzutreffen. Bekannt durch Medien ist auch die Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, welche sich sehr stark für Demokratie in ihrem Land einsetzt.

Zunächst sahen wir Bilder des Zentrums der Hauptstadt Rangun (Yangon). Sehr beeindruckend waren die Tempel und Gebetstürme: Pagoden, ganz aus Gold und mit vielen Edelsteinen. Gold ist für Buddhisten das Kostbarste, ihrem Buddha würdig. Ihre übergroßen Buddhafiguren in verschiedenen Posen haben eine besondere Ausstrahlung. Sie wirken majestätisch und würdevoll zugleich.

Auf einem Hügel sahen wir die Shwedagon-Pagode in Rangun, eine bedeutende Pilgerstätte der Buddhisten. Sie gilt als der wichtigste Sakralbau in Rangun und als eines der berühmtesten Stupas der Welt. Der Stuba ist ein größeres, rundes, buddhistisches Denkmal, umgeben von vielen kleineren Tempeln. Im Uhrzeigersinn durchwandeln die Mönche barfuß – Buddhisten gehen mit der Zeit – die achteckige Basis der monumentalen Pagode.
Auf einem Berg steht ein goldener Felsen, der herunterzufallen droht. Ein Haar Buddhas soll die Balance halten. Hier dürfen nur Männer ihre Goldplättchen anbringen. Wir sahen Bilder einer Weberei, in der neue Roben für die Mönche in Gelb/Orange hergestellt wurden. Interessant war die Tropfsteinhöhle mit 8.000 Buddhafiguren aus Gold und anderen Materialien. Die Gänge wirken wie ein riesiges Labyrinth aus Kalkstein.

Das Volk von Myanmar lebt aus unserer Sicht materiell arm. Die Menschen sind vielfach Selbstversorger, bedeutend ist ihr Anbau von Reis, Kaffee und Tee. Auf den Straßen war ein sehr quirliges Marktgeschehen zu sehen. Statussymbol für etwas „reichere“ Leute ist eine gestiftete Pagode oder ein größeres Essen für Mönche. Auf dem Inle-See sahen wir schwimmende Gärten und Einbeinruderer – damit sie ein Bein zum Fischen frei haben. In einer Papiermanufaktur wird Papier aus Maulbeerbaumrinde hergestellt.

Für uns alle war es interessant und kurzweilig. Man konnte sich sehr gut in das Leben und die Kultur dieses Volkes hineindenken.

■ *Marika Klausmann*

Besuch im Daimler-Benz-Werk

Am 14. Mai 2014 besichtigten wir in Mannheim das Daimler-Mercedes-Benz-Werk. Zur Einstimmung sahen wir einen kurzen Film. Im Vorraum besichtigten wir eine Replik des ersten Autos, mit dem Bertha Benz mit ihren beiden Söhnen im Jahre 1888 von Mannheim nach Pforzheim ihre erste automobile Fernfahrt antrat.

Dann ging es weiter in den Omnibusrohbau. Hier werden alle Gerippe sowie die hierfür benötigten Blechstücke mittels Laserschneidverfahren passgenau für Stadtbusse, Reise- und Überlandfahrzeuge angefertigt.
Die nächste Station war die kathodische Tauchlackierung (KTL). Weiter ging es in die Omnibusfertigungsmontage bzw. in den Finishbereich. Hier werden Kabelsätze, Druckluftleitungen, Kühler, Motor, Achsen, Bestuhlungen und noch viele andere Ausstattungen verbaut.
Zum Ende der Führung besichtigten wir die Endkontrolle der zur Auslieferung vorbereiteten Fahrzeuge. Für uns alle war diese Besichtigung kurzweilig und interessant.

■ *Marika Klausmann*

Kreisverband Trier-Saarburg

Frühlingskonzert mit dem Animos Quintett

Der VBE-Kreisverband Trier-Saarburg hatte am 02. Mai 2014 in den schmucken Festsaal des Klosters Konz-Karthaus zu einem Frühlingskonzert mit dem Animos Quintett eingeladen. Dieses Ensemble spielt in der Besetzung Gertrud Pazen (Querflöte), Barbara Görgen Mahler (Oboe), Catrin Stecker (Klarinette), Wilma Koch (Fagott) und Michael Klink (Horn) seit Ende 2012 zusammen.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des KV Trier-Saarburg, Boris Wroblewski, führten Catrin Stecker und Michael Horn durch das Programm.

Zur Aufführung kam zu Beginn „La Cheminée du roi René“ von Darius Milhaud (1892–1974). In diesem Bläserquintett huldigt der französische Komponist dem kunstsinnigen Herrscher des ausgehenden Mittelalters und Förderer der Literatur, Kunst und Musik, König René I von Anjou, genannt René der Gute (1409 – 1480), nach dessen Gedanken von „liebentbrannten Herzen“ („Le Livre du Choeur d‘Amours espris“), die König René I von Anjou 1457 selbst gedichtet hat.

Danach folgte eine „Humoresque“ des österreichischen Komponisten und Dirigenten Alexander Zemlinsky (1891-1942), der mit seinen Werken hohes Ansehen genoss, bevor ihn die Nationalsozialisten als „entartet“ einstuften und er 1938 in die USA emigrierte.

In der Pause hatten die Zuhörer bei einem Glas Wein Gelegenheit zum Gedankenaustausch. Im dritten Beitrag spielte das Ensemble ein „Quintett“ von Edvard Moritz (1891–1974), der auch im gleichen Jahr aus politischen Gründen Deutschland in Richtung Amerika verließ. Nach einer Zugabe wurde das Animos Quintett mit lang anhaltendem Beifall verabschiedet. Zufriedene Musiker, ein zufriedenes Publikum – ein gelungener musikalischer Abend.

■ *Walter Bach*

Das Animos Quintett

Veranstaltung der KV Germersheim-Speyer

Inszenierte Führung durchs Hambacher Schloss

Termin:	**Freitag, 27. Juni 2014, 16.00 bis 18.00 Uhr**
Ort:	**um 15.45 Uhr am Eingang zum Hambacher Schloss**
Leitung:	**Marlies Kulpe**
Anmeldung:	**bis zum 23.06.14 bei Marlies Kulpe, Tel.: 07275-1770, marlies.kulpe@web.de oder bei Werner Morsch, Tel.: 06232-92242, w.morsch-dh@web.de**

Seit im Mai 1832 zum ersten Mal die schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Kastanienberg bei Neustadt wehte, gilt das Hambacher Schloss als Wiege der deutschen Demokratie. Heute ist es eine Stätte, an der geschichtliches und kulturelles Erbe erfahrbar wird. In einer inszenierten Führung wird uns ein Schauspieler in der Rolle des Herrn Dr. Siebenpfeiffer 45 Minuten durch das Schloss führen. Die Gruppengröße ist auf 25 Personen begrenzt. Die Führungspauschale wird vom VBE übernommen, der Eintritt für die Schlossbesichtigung beträgt 3,50 € pro Person. Das Hambacher Schloss ist sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Es besteht eine direkte Busverbindung (Buslinie 502) vom Hauptbahnhof Neustadt an der Weinstraße bis zur Haltestelle „Hambacher Schloss” (Busankunft 15.30 Uhr).

Freitag
17.06.2014
16–18 Uhr

Auflösung der Rechtsfrage des Monats

Richtig ist Antwort b). Für die Lehrkräfte gilt, dass sie, wenn die Schule NICHT aufgrund schlechter Witterung geschlossen ist, zum Dienst erscheinen müssen. Sollten Lehrkräfte diese nicht erreichen können, bedeutet dies nach arbeitsrechtlichen Grundsätzen, dass sie zur Nacharbeit verpflichtet sind und andernfalls Kürzungen der Bezüge für die versäumte Arbeitszeit erfolgen. Dies gilt natürlich sowohl für Lehrkräfte im Beschäftigungsverhältnis als auch für Beamte. Eine Differenzierung findet nicht statt!

Falls aufgrund außergewöhnlicher Witterungsbedingungen die Schule geschlossen wird, entfällt auch die Anwesenheitspflicht der Lehrkräfte. Eine Pflicht zur Nacharbeit besteht dann nicht. Auch Kürzungen der Bezüge erfolgen dann nicht.

Montag
30.06.2014
9–16 Uhr

Veranstaltung des KV Westerwald

Sehstörungen und ihre Auswirkungen im Schulbereich

Termin: **Montag, 30. Juni 2014, von 9.00 Uhr –16.00 Uhr**

Ort: **56422 Wirges, Bahnhofstr. 100, Hotel Paffhausen**
(Richtung Ransbach-Baumbach, Bahnhof / braun ausgeschildert)

Referentin: **Kerstin Müller, Funktionaloptometristin**

Anmeldung: **bis 23. Juni 2014 an:**
Barbara Kuch, Lindenstr. 16, 56427 Siershahn
Tel. 02623-6530 , E-Mail: kuchbarbara@arcor.de
Die Zulassung ist begrenzt und erfolgt nach der Reihenfolge der Anmeldungen.

Die VBE-Kreisverbände Westerwald und Rhein-Lahn laden Kolleginnen/Kollegen der Grundschulen und Förderschulen herzlich ein zu einer Fortbildungsveranstaltung. Defizite in der Sehverarbeitung können bei Kindern Verzögerungen in vielen Bereichen der Entwicklung zur Folge haben. Ungefähr 80 % eines normalen Schulalltags ist das Kind mit sehabhängigen Aufgaben in der Nähe beschäftigt. Kinder, die schlecht sehen, bleiben nicht selten hinter ihren Möglichkeiten zurück. Hinzu kommen Fehler beim Schreiben oder Rechnen aufgrund falsch wahrgenommener Schriftzeichen. Woran erkennen Lehrpersonen visuelle Wahrnehmungsstörungen und welche Wege der Hilfe für das Kind gibt es?

Die Veranstaltung ist vom Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz als dienstlichen Interessen dienend anerkannt (Az.: 14 ST11903). Urlaub aufgrund der Urlaubsverordnung kann nur gewährt werden, wenn die Teilnahme für die dienstliche Tätigkeit von Nutzen ist und andere dienstliche Interessen nicht entgegenstehen. VBE-Mitglieder beteiligen sich an den Unkosten mit einer Pauschale von 10 Euro, Nichtmitglieder 20 €. Fahrtkosten können nicht erstattet werden.

Donnerstag
12.06.2014
16.15 Uhr

Veranstaltung des KV Mainz

Orgelführung und ein Blick auf Mainz

Termin: **Donnerstag, den 12.06.2014, 16.15 Uhr**

VBE Mainz besucht die Mainzer Kirche St. Stephan:

Der VBE Mainz-Stadt lädt alle Mitglieder und Interessierte zu einem Besuch der Mainzer Kirche St. Stephan ein. Am Donnerstag, dem 12.06.2014, können die VBE-Mitglieder zunächst bei einer Turmbesteigung Mainz von oben kennenlernen. St. Stephan steht auf dem höchsten Punkt von Mainz. Im Turm ist eine Türmerwohnung, der letzte Türmer verließ 1912 seine einsame Behausung. Soweit uns bekannt ist, hat seine Frau da oben Zwillinge geboren. Er hatte den Auftrag, bei Feuer und Feind durch Glockenläuten die Bevölkerung zu warnen.

Der Beginn dieser Besteigung ist um 16.15 Uhr und wird bis ca. 17 Uhr dauern. Da der Aufstieg beschwerlich ist, können Orgelinteressierte, die sich den Aufstieg nicht zutrauen, auch erst um 17.00 Uhr dazustoßen. Der 1. Organist von St. Stephan ist unser VBE-Mitglied Hans-Gilbert Ottersbach. Er hat sich freundlicherweise bereit erklärt, uns dann die Besonderheiten der noch neuen Orgel zu erläutern und uns wieder einige Hörbeispiele vorzuspielen.

Ab 18.00 Uhr ist ein gemeinsamer gastronomischer Abschluss im Restaurant „Am Gautor“ geplant.
Interessierte Mitglieder und Freunde des VBE können sich beim VBE-Kreisvorsitzenden, Dr. Markus Bachen (06732/938508 oder mbachen@gmx.de), anmelden. Treffpunkt ist vor der Kirche St. Stephan, Stefansplatz 1, in 55116 Mainz. Der Kreisvorstand freut sich auf eine große Resonanz.

Dr. Markus Bachen

MP4-Filme

Sie wollen auf Ihrem Tablet im Flugzeug einen Film anschauen? Dann muss er in einem Format vorliegen, das vom Tablet akzeptiert wird. Gut ist das MP4-Format, das vergleichbar mit dem MP3-Format für Audiodateien von fast allen Geräten verarbeitet werden kann. Wenn der Film auf DVD oder Blu-ray vorliegt, muss er umgewandelt werden. Problemlos geht dies mit Datenträgern, die nicht kopiergeschützt sind. Dies ist z. B. bei den meisten Zeitschriften-DVDs der Fall. Eigene kopiergeschützte DVDs oder Blu-rays können zwar auch in MP4 umgewandelt werden, rechtlich befindet man sich dabei allerdings in einer Grauzone.

Zur Umwandlung von schutzfreien DVDs ist z. B. das Programm „Rip-Bot“ sehr gut. Kopiergeschützte Filme können mit einem Programm wie „Blu-ray Copy“ oder „MakeMKV“ auf Festplatte kopiert werden. Dann kann z. B. „Rip-Bot“ daraus eine MP4-Datei erzeugen. Bei den meisten Kauffilmen ist inzwischen aber auch eine digitale Version enthalten. Auch damit können Filme unterwegs auf mobilen Geräten angeschaut werden – 100 % legal!

Display einstellen

Sie wollen sich ein neues TFT-Display oder einen neuen Fernseher kaufen? Dann vertrauen Sie nicht dem „Augenschein“ im Geschäft. Dort kann ein Gerät viel besser scheinen als alle anderen, die Wirklichkeit kann jedoch anders aussehen. Unterschiedliche Signale und falsche Einstellungen machen einen direkten Vergleich im Geschäft kaum möglich. Vor Ihrer Kaufentscheidung sollten Sie deshalb Testberichte und Käuferbewertungen studieren. Nach dem Kauf sollte das Gerät eingestellt werden.

Für den Fernseher können Sie Testbilder aus dem Internet downloaden. Über den Rechner, einen Stick oder eine DVD können Sie mithilfe dieser Bilder den Fernseher einstellen. Anleitungen dazu finden Sie z. B. hier:
http://thema.chip.de/tv-testbilder-download.html

Bei Ihrem Display im Notebook oder am Standrechner können Sie zur Einstellung das Windows-Programm „dccw“ nutzen. Klicken Sie dazu auf Start und tippen in das Suchfeld dccw oder drücken Sie ⟨Windows⟩+⟨R⟩ und tippen dann dccw. Nach Start werden Sie durch die Einstellung geführt.

Handy-Tarife

Die Tarife für die Handynutzung sinken immer weiter! Eine „volle Flat“ in alle deutschen Netze mit 500 MB Datenvolumen? Früher kostete solch ein Angebot über 50 Euro, derzeit schon unter 15 Euro zu buchen! Eine zusätzliche SMS-Flat kostet ca. 2 Euro. Vor Abschluss eines Vertrages sollten Sie überprüfen, ob im angebotenen Netz (O2, E-Plus oder D-Netz) bei Ihnen die Netzabdeckung ausreichend ist. Eine kurze Kündigungsfrist (gut ist z. B. 1 Monat) ist empfehlenswert. Sind Sie oft im Ausland? Dann sollten Sie sich auch über die Auslandstarife informieren.

Chromecast

Für ca. 35 Euro kann im Fachhandel der Chromecast-Stick erworben werden. Mit ihm ist es möglich, Filme, Bilder oder Internetseiten auf den Fernseher zu übertragen. Der Stick wird in einen freien HDMI-Port des Fernsehers gesteckt, Strom bekommt er über einen USB-Anschluss des Fernsehers oder mit dem beiliegenden USB-Strom-Adapter von einer Steckdose. Die Installation ist sehr einfach. Nach Installation muss auf dem Smartphone oder dem Tablet die Chromecast-App installiert werden. Nun können Programme, die Chromecast unterstützen, Inhalte auf den Fernseher übertragen. Zurzeit sind es z. B. Youtube, Maxdome oder Watchever. Aber auch der PC kann Inhalte übertragen. Dazu muss im Browser „Chrome“ die Erweiterung „Google Cast“ installiert werden (über Einstellungen/Erweiterungen). Danach kann das Browserbild zum Fernseher übertragen werden. Dies funktioniert auch mit einem PC, der nicht über WLAN verfügt, wenn er am WLAN-Router per Kabel angeschlossen ist. Filme (z. B. MP4, WAV oder H.264) können in Chrome über ⟨Strg⟩+⟨O⟩ geöffnet und wiedergegeben werden. Wollen Sie z. B. während der Filmübertragung einen Brief schreiben, können Sie mit ⟨Alt⟩+⟨Tab⟩ zum Desktop wechseln und die Textverarbeitung öffnen – der Film läuft weiter.
www.acer.de

Roaming-Gebühren

Nach Willen der EU soll es ab Ende 2015 kein teures Telefonieren aus dem EU-Ausland mehr geben. Die Zusatzkosten (Roaming-Gebühren) sollen dann ersatzlos gestrichen werden. Einige Anbieter verzichten bereits jetzt auf Zusatzkosten oder senken sie (z. B. Telekom, E-Plus, DeutschlandSIM oder Aldi Talk). Je nach eigenem Vertrag kann es günstig sein, für den Urlaub z. B. eine Prepaid-Karte von Aldi zu kaufen. Falls Sie im Urlaub auch im Internet surfen wollen, sollten Sie aber auch auf die Datenpreise achten – in diesem Bereich wurden die Kosten nicht gesenkt!

Musik verlustfrei

Sie wandeln Ihre Lieblingsmusik in MP3-Dateien um? Dann können Sie sie unterwegs immer hören! Allerdings geht bei MP3 Qualität verloren. Verlustfrei sind dagegen z. B. die Formate WAV oder WMA. Die Dateien werden natürlich wesentlich größer, eine Minute Musik in verlustfreier DVD-Qualität ergeben etwa 10 MByte, bei MP3 etwa 1 MByte. Weitere Informationen finden Sie z. B. hier:
www.mpex.net

E-Zigarette

Das „Rauchen“ von E-Zigaretten in Gaststätten ist erlaubt. Sie fallen nicht unter die Schutzgesetze für Passivraucher, da bei ihnen keine Verbrennungsstoffe entstehen. Mit der neuen „Supersmoker Bluetooth“-Zigarette kann mehr als nur geraucht werden! Mittels Bluetooth verbindet sich die Zigarette mit dem Smartphone. Danach kann mit ihr telefoniert oder Musik gehört werden. Wenn E-Zigaretten verboten werden, ist die Ausgabe also nicht vergeblich gewesen.
www.supersmokerbluetooth.de

VORSCHAU

In der nächsten Ausgabe lesen Sie u. a.:

- DAB+
- Offene WLANs
- Routenplaner

Rückmeldungen erwünscht!
Schicken Sie Anregungen, Wünsche oder Anmerkungen an den Autor:
N.Ristic@gmx.de

MS Office 2003

Zusammen mit Windows XP stellt Microsoft auch den Support für Office 2003 ein. Eine besondere Gefährdung besteht dadurch nicht, aktuelle Virenprogramme schützen Office. Sollten Sie dennoch einen Umstieg erwägen, schauen Sie sich vorher die Bedienung des neuen Office 2013 an! Vieles ist geändert, ein Umstieg erfordert eine komplett neue Einarbeitung. Sie können beim Umstieg also nicht erwarten, die Menüpunkte an gewohnter Stelle zu finden!

Firefox-OS

Im Sommer bringt der chinesische Hersteller TCT unter dem Markennamen „Alcatel One Touch“ leistungsfähige Smartphones und ein Tablet mit dem Betriebssystem Firefox OS auf den deutschen Markt! Das beste Smartphone bietet u. a. einen Quad-Core-Prozessor, LTE, ein 4,5-Zoll-Display, eine gute Kamera und NFC. Bisher werden nur einfache Geräte z. B. bei Congstar angeboten. Mit den neuen Geräten kann sich Firefox OS vielleicht neben Android und iOS behaupten. Dafür muss das App-Angebot allerdings noch erheblich ausgeweitet werden.
www.alcatelonetouch.com/de

Fernsehen am Notebook

Sticks für den DVB-T Empfang werden von vielen Herstellern angeboten. Mehr Sender und HDTV bietet ein Kabelanschluss. Neu von Technotrend ist ein Stick, der unterwegs auf DVB-T zugreift, zu Hause aber den Kabelanschluss (z. B. Kabel-Deutschland oder Unitymedia) nutzen kann. Im Lieferumfang sind Kabel, Antenne, Software und Fernbedienung enthalten. Der Preis des „TT-TV-Sticks CT2-4400“ beträgt ca. 45 Euro.
www.technotrend.eu

App-Tipp: Wheelmap

Diese App lebt von der Mitarbeit aller Nutzer! Sie ist die Umsetzung von www.wheelmap.org auf das Smartphone. Angezeigt werden Orte, die für Rollstuhlfahrer problemlos zu erreichen sind. Auch wenn Sie mit einem Kinderwagen unterwegs sind, ist diese App nützlich. „Graue“ Orte sollten nach Nutzung bewertet werden. Die App ist kostenlos für Android und iOS in den jeweiligen Shops erhältlich.

Internet

Sie suchen einen aktuellen Reiseführer? Bücher haben unterwegs unbestreitbare Vorteile! Sie können jedoch nie so aktuell sein wie ein gut gepflegter Online-Reiseführer. So werden z. B. bei „Wikitravel“ täglich Artikel überarbeitet oder neu eingestellt.
www.wikitravel.org

Sie wollen Ihre Urlaubsbilder an die Familie senden? Hier können Sie Dateien bis zu einer Gesamtgröße von 2 GByte kostenlos senden, ohne einen Cloud-Speicher nutzen zu müssen. Die Empfänger bekommen eine Nachricht mit einem Download-Link. Nach Aussage des Anbieters werden Datenschutz und Sicherheitsrichtlinien beachtet. Sensible Daten sollten jedoch nicht in dieser Art versendet werden!
www.wetransfer.com

Sie haben einen E-Book-Reader und suchen nach Büchern für den Urlaub? Hier finden Sie viele kostenlose Bücher, die legal zum Download angeboten werden. Meist liegen die Bücher im Format EPUB, PDF oder MOBI vor. Kindle-Reader können mit EPUB-Dateien nichts anfangen. Eine Anleitung zur Konvertierung in das MOBI-Format finden Sie hier ebenfalls.
www.myfreeebooks.de

Sie wollen einen bestimmten Fernseher bei Amazon kaufen und haben Zeit? Dann lassen Sie den Preis überwachen! Wenn Ihr Produkt auf oder unter einen von Ihnen festgelegten Preis reduziert wird, bekommen Sie eine Mail.
www.snip-me.de

Tipps und Tricks

Movie Maker

Sie vermissen das Programm „Movie Maker“ unter Windows 8? Es dient zur einfachen Videobearbeitung, so können Sie damit z. B. schnell Filme schneiden. Bei Windows XP und Vista gehörte es zum Lieferumfang, ab Windows 7 kann es bei Bedarf installiert werden. Es ist weiterhin kostenlos, Sie finden es direkt bei Microsoft. Geben Sie in Ihrer Suchmaschine einfach „Movie Maker“ ein und wählen Sie die Microsoft-Seite.

Unerwünschte Toolbar

In Ihrem Browser gibt es plötzlich unter der Adressleiste eine Leiste mit Befehlsschaltflächen? Häufig werden diese „Toolbars“, z. B. von „Yahoo“ oder „Ask“, bei der Installation eines anderen Programms mitinstalliert. Immer mehr kostenlose Programme bringen „Huckepack-Software“ mit, die installiert wird, wenn nicht ein Häkchen entfernt wird.
Solche Toolbars machen das Surfen langsamer! Mit Programmen wie der „Avast Browser-Säuberung“ oder „IObit Uninstaller 3.2“ können Sie solch unerwünschte Browser-Erweiterungen einfach entfernen. Beide Programme müssen nicht installiert werden. Zusätzlich zu Symbolleisten und Plugins kann IObit auch normale Programme deinstallieren.
Man kann aber auch vorbeugen. „Unchecky“ überwacht Installationen und warnt bei Zusatzprogrammen. Noch funktioniert es allerdings nicht immer.
www.avast.com/de-de/store
www.iobit.com
http://unchecky.com/

Datenverbrauch

Wie viel Datenverkehr haben Sie heute produziert? Um dies zu ermitteln, benötigen Sie kein besonderes Programm. Drücken Sie Windows+R und geben Sie dann cmd ein. Nach Klick auf OK tippen Sie netstate. Nun sehen Sie eine komplette Statistik.

Outlook

Manchmal ist es sinnvoll, sich die genauen Absenderinformationen einer Mail anzuschauen. Um die kompletten Infos zu sehen, öffnen Sie die Mail und wählen Datei/Eigenschaften. Im Fenster „Internetkopfzeile“ sehen Sie die kompletten Informationen. So können Sie z. B. erkennen, ob eine Mail wirklich vom angeblichen Absender kommt.

Wir gratulieren unseren Geburtstagskindern im Juli 2014

zur Vollendung des 70. Lebensjahres:

am 17.07. Ottmar Wehlen, Hannebach 8, 56746 Spessart
am 17.07. Matthias Hayer, Am Sterenbach 3, 54516 Wittlich
am 22.07. Richard Nonn, Braunsbergweg 57, 56656 Brohl-Lützing
am 28.07. Roland Lochner, Brüningstr. 90, 54470 Bernkastel-Kues
am 30.07. Marlies Köster, Warschauer Weg 15, 67069 Ludwigshafen

zur Vollendung des 71. Lebensjahres:

am 11.07. Heinz Feuser, Fronwiese 23, 56766 Ulmen
am 17.07. Christel Kolle, Flachswiese 6, 54343 Föhren
am 18.07. Ursula Ohly, Hohenzollernstr. 94, 56068 Koblenz

zur Vollendung des 72. Lebensjahres:

am 09.07. Albine Koenen, Grawertstr. 26, 54316 Pluwig
am 12.07. Rudolf Sauer, Eichenplatz 5, 67098 Bad Dürkheim
am 19.07. Herbert Marx, St.-Anna-Str. 58, 54295 Trier-Olewig
am 28.07. Mariannne Scheid, Am Wäldchen 1, 56826 Lutzerath
am 29.07. Monika Thielen, Im Bungert 18, 54518 Altrich

zur Vollendung des 73. Lebensjahres:

am 03.07. Lieselotte Kirsch, Hegertumstr. 8, 66996 Erfweiler
am 04.07. Anita Marx, Kreuzgarten-Weg 10, 56329 St. Goar
am 07.07. Maria Teschke, Wilhelm-Leuschner-Str. 10, 56076 Koblenz
am 07.07. Christine Achenbach, Zeppelinstr. 3, 55411 Bingen
am 11.07. Hans-Josef Stuhlträger, Koblenz-Olper-Str. 65, 56170 Bendorf-Sayn
am 17.07. Toni Löcher, Kurfürstenstr. 3, 56218 Mülheim-Kärlich
am 17.07. Hans Salm, Kirchstr. 12, 67482 Freimersheim
am 24.07. Hans-Günter Ellrich, Im Bienengarten 6, 76889 Pleisweiler
am 28.07. Heide Zachris, Im Langenbaar 26, 54587 Lissendorf
am 31.07. Hedwig Weber, Kolpingstr. 29, 56751 Polch

zur Vollendung des 74. Lebensjahres:

am 01.07. Gisela Klapperich, Bahnhofstr. 70, 56745 Weibern
am 07.07. Ignaz Berens, Im Auel 3, 54579 Üxheim-Niederehe
am 16.07. Werner Konrad, Berliner Str. 53, 67360 Lingenfeld
am 20.07. Doris Lange, Alex-Müller-Str. 112, 67657 Kaiserslautern
am 26.07. Kurt Dehe, Blücherstr. 35, 56349 Kaub
am 29.07. Heinz-Peter Wachalski, Am Lichterkopf 37 a, 56112 Lahnstein

zur Vollendung des 75. Lebensjahres:

am 08.07. Hermann Gerhardus, Alsenthal 4, 57581 Katzwinkel
am 08.07. Irmgard Hach, Alsheimer Weg 3, 67575 Eich
am 08.07. Elke Schwab, Oberstiftstr. 42, 54338 Schweich, Mosel
am 16.07. Jürgen Werle, Auf Erkelreg 11, 54523 Hetzerath
am 25.07. Rita Burger-Weiter, Friedrich-Ebert-Str. 60, 67346 Speyer
am 26.07. Christel Krötz, Richard-Wagner-Str. 26, 54516 Wittlich
am 29.07. Edgar Gehrlein, Theodor-Heuss-Str. 6, 76889 Schweigen

zur Vollendung des 76. Lebensjahres:

am 01.07. Christhilde Feller, Gutenberger Str. 33, 55545 Bad Kreuznach
am 22.07. Rudolf Machowsky, Falkenweg 10, 53489 Sinzig-Westum
am 23.07. Rudolf Quarz, Im Kirschloch 3, 67661 Kaiserslautern
am 26.07. Erika Genetsch, Im Kirchberg 35, 54470 Lieser
am 29.07. Peter Thiel, Feldstr. 29, 54290 Trier

zur Vollendung des 77. Lebensjahres:

am 04.07. Berthold Heddergott, Weinberg 11, 56651 Niederzissen
am 14.07. Paula Antony, 72, rue Kecker, 5489 Ehnen
am 28.07. Hans Schlichting, Wilhelm-Kittelberger-Str. 71, 67659 Kaiserslautern

zur Vollendung des 78. Lebensjahres:

am 05.07. Albert Komes, Danziger Str. 101, 54516 Wittlich
am 10.07. Herbert Deptowicz, Am Mühlensee 1, 55411 Bingen
am 15.07. Anna-Maria Schuh, Königsberger Str. 15, 54516 Wittlich
am 29.07. Georg Klein, Im Eschelchen 16, 56462 Höhn-Oellingen
am 30.07. Gisela Dietrich, Ringstr. 24, 67714 Waldfischbach

zur Vollendung des 79. Lebensjahres:

am 15.07. Heinz Schmidt, Martin-Luther-Str. 8, 57548 Kirchen
am 16.07. Winfried Schultheis, Bottelter 9, 54439 Saarburg
am 28.07. Franz-Josef Kexel, Am Schulplatz 3, 56479 Hellenhahn
am 30.07. Diether Becker, Buchenweg 8, 54497 Morbach

zur Vollendung des 80. Lebensjahres:

am 13.07. Grete Keller, Im Flürchen, 56865 Schauren
am 24.07. Gertrud Kabanow, Egellstr. 21, 67071 Ludwigshafen
am 29.07. Käthe Jäger, Klucksborn 2, 56653 Glees

zur Vollendung des 83. Lebensjahres:

am 15.07. Paul Leifeld, Spesenrother Weg 22, 56288 Kastellaun
am 24.07. Annerose Schmitt, Leibnizstr. 14, 55118 Mainz

zur Vollendung des 84. Lebensjahres:

am 20.07. Angelika Bügel, Am Heiligenhäuschen 74, 67657 Kaiserslautern
am 26.07. Hans Heinen, Neuenahrer Str. 71, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

zur Vollendung des 87. Lebensjahres:

am 05.07. Hildegard Stoll, Am Fort Gonsenheim 135 a, 55122 Mainz
am 29.07. Paul Simmet, Gabelsbergerstr. 47, 66482 Zweibrücken
am 29.07. Käthe Langner, Koblenzer Str. 41, 54516 Wittlich

zur Vollendung des 88. Lebensjahres:

am 15.07. Lena Bold, Ringstr. 3, 66919 Weselberg
am 18.07. Berthold Clemens, Zweibrücker Str. 11, 66892 Bruchmühlbach

zur Vollendung des 89. Lebensjahres:

am 13.07. Heinz Bernatz, Stettiner Str. 5, 67105 Schifferstadt

zur Vollendung des 90. Lebensjahres:

am 21.07. Theo Berchtold, Franz-Fluch-Str. 15, 67152 Ruppertsberg
am 29.07. Georg Rehberg, Wiesenweg 14, 57629 Merkelbach

zur Vollendung des 91. Lebensjahres:

am 16.07. Ewald Schotthöfer, Jahnstr. 3, 67165 Waldsee

Zum Tee bei
Johannes Görg

Johannes Görg

Einen Apfel pro Tag. Nehmen wir an, Johannes Görg hat sich sein ganzes Leben an dieses landläufige, von ihm auch heute gelebte Gesundheitspostulat gehalten, und jeder dieser Äpfel hätte durchschnittlich 145 Gramm gewogen, Johannes Görg hätte bis dato weit über fünf Tonnen Äpfel verspeist. Dass dies offensichtlich gesund erhält, sieht man ihm an. 100 Jahre alt, welch ein Alter. Und welche Zufriedenheit in diesen Augen!

Johannes Görg hat ein ganzes Jahrhundert durchlebt. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges in Herschbach im (Unter-)Westerwald geboren, hat er die Höhen und Tiefen am eigenen Leibe erfahren, die für die Historiker stets auf's Neue erklärungsbedürftig sind. In Zeiten der Weimarer Republik ging er zur Schule und besuchte das Gymnasium in Limburg. Das Abitur erwarb er in Vallendar.

1939 – mit Ausbruch des zweiten Weltkriegs – wurde Johannes Görg einberufen. Er blieb Soldat bis zum (befreienden) Ende. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft wurde er am Pädagogischen Institut in Weilburg zum Volksschullehrer ausgebildet. 1953 trat er seine erste richtige Stelle an. Seine pädagogische Karriere führte ihn von der Volksschule Hachenburg – noch während seiner Ausbildung – über die Volksschulen in Wirges, Diez und Oberlahnstein schließlich an die Schillerschule nach Niederlahnstein, wo er von 1971 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1977 Konrektor war.

Johannes Görg war als Lehrer ein „Alleskönner" oder „Zehnkämpfer", wie man will. Er unterrichtete in nahezu allen Fächern. Da er über die Missio canonica verfügte, lag einer seiner Unterrichtsschwerpunkte im Bereich der katholischen Religion. Aber auch Sport war seine Sache. Durchaus glaubhaft ist, wenn man ihm gegenübersitzt, dass er ein nachsichtiger, geradezu liebevoller Lehrer gewesen sein muss, der schon früh nichts mehr von dem seinerzeit noch üblichen Stock hielt. Er hat heute noch immer engen Kontakt zu seinen Kollegen von damals, soweit das noch geht, insbesondere zu „seinem" Rektor in Niederlahnstein.

Am 15. Mai 1952 ist Johannes Görg dem damaligen Verband der katholischen Lehrerschaft Deutschlands (VKLD) beigetreten. Das war die Vorläuferorganisation des heutigen VBE, der als solcher zunächst 1968 und dann auf Ebene des Bundes 1974 entstand. Im VKLD versammelte man sich nicht, weil man besonders katholisch war. Seinerzeit gab es noch die kirchliche Schulaufsicht. Der VKLD bot eine berufliche Solidargemeinschaft für jene Schulen, über die Rom wachte. Mit seiner Versetzung 1955 nach Oberlahnstein begann er einen Kreisverband aufzubauen, was ihm 1959 auch gelang. Die Festrede während der Gründungsfeier hatte zum Thema „Volksschule und Volksschullehrer im Umbruch der Zeit und die Aufgabe des Verbandes der katholischen Lehrerschaft" – ein fürwahr zeitloses Thema. Einige Jahre war er Kreisvorsitzender des VKLD.

Auch heute – mit 100 Jahren – steht Johannes Görg an der Haltestelle und wartet auf den Bus nach Koblenz. Auf dem Lande lebend, faszinieren ihn dennoch die Veränderungen im Urbanen. Er braucht, wie seine Familie versichert, kein Medikament, nur ab und zu einen Schuss konzentrierten Knoblauch. Natürlich ist es – mit Blick auf seinen Bekannten- und Freundeskreis – einsamer geworden da oben im hohen Alter. Und das Denken ist zuweilen gemütlicher. Aber so ist das Leben. Wir haben nur dieses eine. Genau das teilt uns der hundertjährige Johannes Görg mit einem Strahlen im Blick mit.

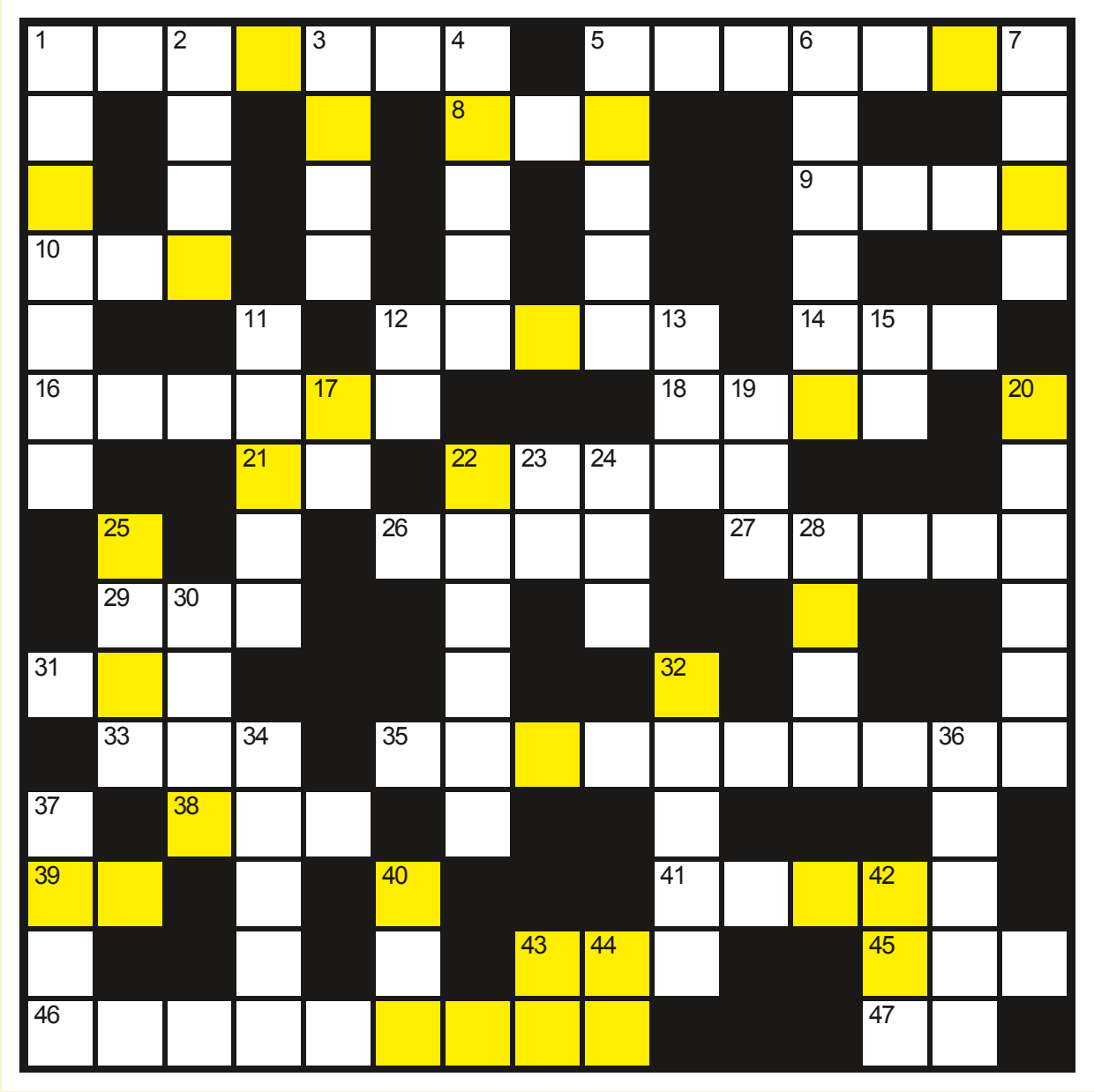
■ *br*

Das große „Juhu, – in der nächsten Ausgabe gibt's endlich wieder was zu gewinnen" – Rätsel.

Die Buchstaben in den gelb markierten Feldern (absteigend von links nach rechts gelesen) ergeben ein Zitat von William Shakespeare. Viel Glück wünscht Ihre Redaktion!

Waagerecht:

1 Den sollte man eigentlich immer bei sich tragen
5 Einer der ersten Sätze, die man DARÜBER sprach, war: Das Pferd frisst keinen Gurkensalat
8 Das ? stets am Puls der Zeit
9 Hoffentlich gibt's da Wasser, dachte das Kamel
10 Was ist hier richtig
12 Zustand im Gehirn, wenn man aufsteht, um eine Rede zu halten.
14 DER geht, DIE aber auch. Bedeutet aber nicht dasselbe.
16 Bitte schütteln: elberl
18 Derber Witz, sollte man besser nicht erzählen
21 Big Apple
22 Phonetische Einheit
26 Wie heißt der Bürgermeister von Wesel? Esel, sagte das ?
27 Udo L. wusste, welches Instrument sie spielte
29 Landkreis Schwäbisch-Hall (Kfz-Kennz.)
31 Spielte gefühlte 100 Jahre den Kommissar. Besondere Kennzeichen: Temperament wie 'ne Schachtel Schlaftabletten (Nachn.)
33 Erste australische Rugby-Liga
35 waagerecht = waagerecht
38 Eifelkreis Bitburg-Prüm (Kfz-Kennz.)
39 Einstürzende Neubauten
41 s. 5. senkr.
43 Ziemlich unbeliebte Gebühr für die Glotze



45 Das stand mal in 21 waager.
46 Damit kannste auch im Dunkeln spielen
47 Fläche des zerstörten Gebäudes von 45 waager. (Abk.)

Senkrecht:

1 Die weiß nur der Wind
2 Beliebte digitale Menschen im PC-Spiel
3 Band mit Jeannette Biedermann
4 Versteckt sich am liebsten in der Waschmaschine
5 Hieß früher Augusta Treverorum
6 Jeder denkt an sich, nur ich denk‘ an mich.
7 Das ist ? und nagelfest
11 Hier spielte Kolumbus im Sandkasten
12 Landesliga
13 Wichtigste Bank im Eurotower in Frankfurt
15 Diplomatenkennzeichen in Schweden für Lettland
17 Love You – Abk. im Netz
19 Lassen Sie bei der OPEC doch einfach den 16. Buchstaben des Alphabets weg.
20 s. 6 senkr.
22 Hier gibt’s der Herr den Seinen
23 Anrede im Brief: Ihre Hochwohlgeboren. Findet man heutzutage aber eher selten (Abk.)
24 Hört jeder gerne
25 Integrated Services Digital Network
28 DIE bleibt aber draußen, sagte Dr. Müller-Lüdenscheidt
30 Schrieb „A Taste of Honey“ (Vorname, Kurzf.)
32 Der Strom aus unserer Steckdose hat 50 davon
34 Es werde ?, doch er fand den Schalter nicht!
36 Heißt mit Nachnamen IV
37 Seh ich aus wie ‘ne Bratwurst? Oder warum musst du immer deinen ? dazu tun?
40 Gar nicht mal so ungefährliches Sportgerät (s. Schumi)
42 Ehem. Kultshow mit Kuli (Abk.)
43 Gesamthochschule
44 ? ab hoc ? ab hac ? ab illa – sagte der alte Lateinlehrer

■ *ks*

Rheinland-pfälzischer Lehrertag 2014

30. September
Universität Trier

Herausforderung Inklusion –

Bildungschancen **gerecht** gestalten

8:30 Stehkaffee
9:00 Eröffnung und Begrüßung
Gerhard Bold
9:45 Inklusion in der Schule – warum und wie?
Vortrag mit Aussprache
Prof. Dr. Hans Wocken

10:45 Workshops
(1) Pädagogische Diagnostik/ Pädagnostik:
Beobachten, Beschreiben, Bewerten, Begleiten
(Schwerpunkt Grundschule)
Sybille Kling-Horn
(2) Systemische Förderplanung –
Ein Instrument für inklusive Schulkultur
Kerstin Hopp
(3) Mediation in der Schwerpunktschule:
„Kinder lernen Konflikte lösen"
Das Bensberger Mediationsmodell
Ulla Püttmann
(4) Deutschunterricht inklusiv planen und gestalten
Dr. Thomas Cohnen
(5) Mathematik in der Sekundarstufe I –
eine praxisgerechte Differenzierung in
mehreren Niveaustufen
Joachim Schmitt
(6) Inklusion im Englischunterricht:
Balance zwischen Rhetorik und Realität
Ingrid Springer
(7) Naturwissenschaftlichen Unterricht offen gestalten
und differenziert bewerten
Dr. Karl-Wolf Hoffmann
(8) Lernen mit Bewegung und Musik
Jimmy Little
(9) Bildende Kunst:
Auf den Spuren berühmter Künstler ...
James Rizzi und Friedensreich Hundertwasser
Viola Rudel
(10) Best Practice: Team-Teaching im inklusiven Setting
Thomas Masyk, Ilka Quast
(11) Autismus
Irmgard Herold
(12) Eltern gewinnen, Ressourcen nutzen –
Mitwirkung von Eltern
Gabriele Weindel-Güdemann
(13) Kollegiale Fallberatung / Supervision /
Wege aus der Stressfalle
Monika Bösen
(14) Rolle und Aufgaben von Schulleitungen an
Schwerpunktschulen
Christian Eberle, Corina Städter
(15) Hilfen bei Inklusion durch außerschulische Institutionen
Integrationsfachdienst Trier

12:30 Mittagspause
14:00 Musikalisches Intermezzo
Jimmy Little & Co.
14:45 Workshops (Fortsetzung)
16:30 Ende

Tagungsanschrift:
Universität Trier, Gebäudekomplex B
Universitätsring 15, 54286 Trier

Weitere Informationen zum Programm, zur Anmeldung und zur Teilnahme auf der VBE-Website
www.vbe-rp.de

Der Rheinland-pfälzische Lehrertag 2014 ist vom Pädagogischen Landesinstitut als Fortbildungsveranstaltung „den dienstlichen Interessen dienend" anerkannt;
PL-Az.: 14ST11901

Alle Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen.

www.typoly.de